

Der Skandal von Yavatmal

Public Eye

 Erklärung von Bern



Ein Sinnbild für die Dringlichkeit

Dank Ihnen!

Die Reportagen und Analysen in unserem Magazin und die Recherchen, auf denen diese beruhen, sind nur dank der Unterstützung unserer Mitglieder möglich.

Sie sind bereits Mitglied? Herzlichen Dank! Und doppelten Dank, falls Sie jemandem eine Mitgliedschaft verschenken.

Sie sind noch nicht Mitglied? Für 75 Franken pro Jahr werden Sie es und erhalten regelmässig unser Magazin. Oder lernen Sie uns erst kennen und bestellen Sie gratis ein Testabonnement.

Wir freuen uns, von Ihnen zu hören – auf www.publiceye.ch/mitglieder

Public Eye

Die Menschen aus Yavatmal lassen einen nicht so einfach wieder los. Diese in einfachsten Verhältnissen lebenden Bauernfamilien, die seit Generationen Baumwolle anbauen. Die dabei nicht nur dem launischen Klima ausgeliefert sind, sondern immer stärker auch den Launen der Agrarmultis, denen sie teure Samen abkaufen, teuren Dünger und teure Pestizide, so teuer, dass eine schlechte Ernte reicht, eine Familie ins Verderben zu stürzen. Die sich bei dem heftigen Schädlingsbefall im letzten Jahr nicht den Luxus erlauben konnten, sich um die gesundheitlichen Folgen des Ausbringens giftiger Pestizide zu kümmern. Und die deshalb vergiftet wurden. Achthundert landeten innert weniger Wochen im Spital.

Im Zentrum unserer Titelgeschichte steht Polo, ein hochgiftiges Pestizid, das der Konzern Syngenta in der Schweiz herstellt, obwohl es hierzulande längst verboten ist. Können wir es verantworten, dass eine Schweizer Firma im Ausland einen Giftstoff verkauft, der bei uns wegen seiner Gefährlichkeit nicht erlaubt ist? Können wir akzeptieren, dass der Bundesrat es als einen «nicht verhältnismässigen» Einschnitt in die Wirtschaftsfreiheit bezeichnet, die Menschen anderswo gleichermassen vor Vergiftung zu schützen wie uns? Können wir darüber hinwegsehen, dass in diesen Tagen in den indischen Zeitungen bereits wieder Dutzende Vergiftungen vermeldet werden, ohne dass wirksame Massnahmen ergriffen worden wären, diese zu verhindern?

Drei Fragen, eine Antwort: Nein, das können wir nicht. Und wir müssen es auch nicht. Es liegen Instrumente auf dem Tisch, um Skandale wie jenen von Yavatmal zu verhindern. Der Nationalrat kann ein Verbot des Exports von bei uns nicht zugelassenen Pestiziden beschliessen. Und die Konzernverantwortungsinitiative – oder allenfalls ein starker Gegenvorschlag – würde Konzerne wie Syngenta in die Pflicht nehmen, endlich entschieden dagegen vorzugehen, dass Menschen Opfer ihres Geschäftsmodells werden. Man muss beileibe nicht nach Yavatmal reisen, um zu verstehen, wie dringlich es ist, verbindliche Regeln für Konzerne zu schaffen. Wenn man dort war, ist es einfach noch etwas offensichtlicher.

TIMO KOLLBRUNNER, REDAKTION

PUBLIC EYE – MAGAZIN Nr. 13 September 2018

PRODUKTIONSLEITUNG
Raphaël de Riedmatten

REDAKTION Timo Kollbrunner

LAYOUT opak.cc

TITELBILD Atul Loke / Panos Pictures

DRUCK Vogt-Schild Druck AG
Cyclus Print & Leipa, FSC

AUFLAGE D: 25 800 Ex. / F: 9500 Ex.

KONTAKT

Public Eye, Diererstrasse 12,
Postfach, 8021 Zürich

Tel. +41 (0) 44 2 777 999

kontakt@publiceye.ch

ISSN 2504-1266

POSTKONTO 80-8885-4

Das Public Eye Magazin
erscheint sechs Mal pro Jahr.

Vergiftungswelle «Made in Monthey»

Eine Welle von Pestizidvergiftungen auf indischen Baumwollfeldern. Im Mittelpunkt: ein in der Schweiz hergestelltes, hierzulande verbotenes Insektizid von Syngenta. Eine Spurensuche vor Ort. ▶ S. 4

Aus heiterem Himmel

Gleiche Firma, anderes Land: In Brasilien wird eine Schule mit einem Syngenta-Pestizid eingesprüht. Die Opfer glauben nicht mehr an Wiedergutmachung. ▶ S. 17

Lauter Ruf nach gesünderen Preisen

Grosse Resonanz auf Public-Eye-Kampagne. Über 30 000 finden: Der Bundesrat muss gegen die immer höheren Preise neuer Krebsmedikamente vorgehen. Wird er es tun? ▶ S. 23

Zudem in diesem Heft

«Dirty Diesel»

Niederländische Behörden bestätigen unsere Recherche zu dreckigen Treibstoffen für Afrika. ▶ S. 28

Glencores Feuerprobe

Der Konzern aus Baar muss sich vor der US-Justiz verantworten – und reagiert mit einer Imageoffensive. ▶ S. 30

Konzernverantwortung

Entweder, der Ständerat unterstützt einen substanziellen Gegenvorschlag zu unserer Initiative. Oder wir nehmen optimistisch den Abstimmungskampf in Angriff. ▶ S. 32

In eigener Sache

Alessandra Silauri und Christian Engeli kompletieren die Geschäftsleitung von Public Eye. ▶ S. 35



Haribhau Kumbhekar hat sich Ende September letzten Jahres beim Ausbringen eines Pestizidgemisches vergiftet. Heute sei er «nicht mehr derselbe», sagt seine Tochter Annapurna. Wie alle Bilder unserer Titelgeschichte wurde auch dieses vom Panos-Fotografen Atul Loke aus Mumbai aufgenommen.

Indische Bauern, vergiftet von Schweizer Pestiziden



Im zentralindischen Distrikt Yavatmal wurden im letzten Jahr innert weniger Wochen Hunderte Baumwollbauern vergiftet, mehr als zwanzig von ihnen starben. Die Ursache: Cocktails aus hochgiftigen Pestiziden. Darunter ein Insektizid namens Polo, das Syngenta aus der Schweiz exportiert, wo es längst verboten ist. Wie ist es zu diesem Drama gekommen? Und welche Verantwortung trägt Syngenta? Wir haben uns in den Dörfern um Yavatmal auf die Suche nach Antworten gemacht.

Bandu Sonule schrie. Er zuckte und schlug um sich. So heftig, dass man ihn an Händen und Füßen am Spitalbett festband. Seine Frau Geeta erkannte er nicht mehr, er war im Wahn. Dann verlor er das Bewusstsein, kam wieder zu sich, fiel erneut in Ohnmacht. Geeta hatte ihr Goldkettchen verpfändet, um an etwas Geld zu kommen, hatte ihren Mann in einen Bus geschleift, um ihn vom Dorf Manoli in das zwei Stunden entfernte Spital im Städtchen Yavatmal zu bringen. Nun sass sie hilflos an seinem Spitalbett. «Ich habe gebetet, dass er durchkommt», erzählt die 35 Jahre alte Frau mit müdem, leerem Blick. «Wir hatten kein Geld mehr, um noch eine weitere Behandlung zu bezahlen.»

Doch Geetas Ehemann kam nicht durch. Am Samstag, dem 23. September 2017 um 13:35 Uhr wurde Bandu Chandrabhan Sonule am Government Medical College & Hospital in Yavatmal für tot erklärt. Im Obduktionsbericht steht: «Die postmortalen Befunde stimmen mit Tod durch Vergiftung überein.» Der 42 Jahre alte Vater zweier Kinder hatte beim Ausbringen von Pestiziden auf einem Baumwollfeld derart viel Gift eingeatmet, dass er nicht mehr gerettet werden konnte. Geetas Bruder mietete ein Auto, um den Körper ihres verstorbenen Mannes zurück ins Dorf zu bringen. Die Witwe erhielt von der Regierung eine Entschädigung. Doch wie sie die Familie künftig ohne die Hilfe ihres Mannes, der als Sprayer etwa vier Schweizerfranken pro Tag verdient hatte, durchbringen soll, weiss sie nicht. Auch sie arbeitet auf Baumwollfeldern, derzeit entfernt sie mit der Sichel Unkraut, wenn es nicht wie in den letzten Tagen ununterbrochen regnet. Aber dafür erhält sie nur einen Franken fünfzig pro Tag. Seit dem Tod ihres Vaters gehen nun deshalb auch die 16-jährige Tochter Puga und ihr drei Jahre älterer Bruder Saurabh in die Felder – um zu jäten, zu säen oder Dünger auszubringen.

«Ein Kreislauf der Ausbeutung»

Bandu Sonule ist einer von über fünfzig Männern, die zwischen Juli und Oktober letzten Jahres in Vidarbha, einer Region im Osten des Staates Maharashtra, beim Ausbringen von Pestiziden tödlich vergiftet wurden. Allein in einem Distrikt Vidarbhas, Yavatmal, kamen über zwanzig ums Leben. Insgesamt wurden in Yavatmal 800 Bauern oder Landarbeiter¹ wegen akuter Vergiftungen ins Spital eingeliefert, nachdem sie Pestizide versprüht hatten. Mehrere Hundert von ihnen erblindeten vorübergehend. Und das innert weniger Wochen.

¹ Da in den Regionen, die wir besucht haben, praktisch nur Männer Pestizide ausbringen, während Frauen – die immer auch die Hauptverantwortung für Kinder und Haushalt tragen – in den Feldern in erster Linie säen, jäten und pflücken, sprechen wir in diesem Artikel in der männlichen Form von «Bauern» und «Landarbeitern».



Als Hauptort des Sultanats Berar galt das zentralindische Yavatmal gemäss alter Schriften als «der sicherste Ort der Welt». Das ist über fünfhundert Jahre her. Heute ist das im «Baumwollgürtel» des Staates Maharashtra gelegene Yavatmal vor allem als der Ort bekannt, an dem sich verhältnismässig am meisten Bauern und Landarbeiter das Leben nehmen. Gemäss offiziellen Zahlen begeht in Indien jede halbe Stunde ein Bauer Suizid – die allermeisten, indem sie giftige Pestizide schlucken. Allein im Distrikt Yavatmal kam es zwischen Anfang 2001 und Mitte 2016 zu über 3500 Selbsttötungen, wie die Autorin Kota Neelima in ihrem Buch *Widows of Vidarbha* schreibt, in dem sie den Kampf von 16 Frauen beleuchtet, deren Männer sich das Leben genommen haben.

Jede einzelne von ihnen hat ihre eigene Geschichte, doch je mehr dieser Geschichten man liest, desto deutlicher werden die Parallelen: die auch aufgrund von fehlenden Bewässerungssystemen totale Abhängigkeit vom Wetter, vom richtigen Mass an Regen zur rechten Zeit, vom Fernbleiben der Schädlinge. Die bis zu vier mal teureren, genmanipulierten Baumwollsamensamen und die teuren Mittel – Dünger, Herbizide, Wachstumsregler – die diese Pflanzen benötigen, um zu gedeihen. Das gebrochene Versprechen, dass diese «BT-Cotton»-Samen nicht von Schädlingen befallen würden. Der von Jahr zu Jahr schlimmere Befall von Schädlingen, die Resistenzen entwickelt haben. Der immer exzessivere Einsatz von Pestiziden. Und als Folge davon die stetig drehende Schuldspirale, die höhere Verschuldung der Bauernfamilien, das Aufnehmen von Krediten zu exorbitanten Zinsen bei oft skrupellosen privaten Geldleihern, wenn die Banken nichts mehr rausgeben. Die Scham, die Mitgift bei der Heirat der Töchter oder die Ausbildung der Kinder nicht bezahlen zu können. Der Suizid. Und schliesslich: die Leere danach. Der Kampf, als Witwe in dieser patriarchalen Gesellschaft einen Platz zu finden. Die materielle Aussichtslosigkeit.

«Die Bauernfamilien sind in einem Kreislauf der Ausbeutung gefangen, der von der Regierung und von der Industrie angetrieben wird», sagt Kota Neelima auf Anfrage. Heute hätten diese Familien aufgrund von fehlender staatlicher Unterstützung für ökologische Landwirtschaftsformen kaum mehr eine andere Wahl, als genetisch verändertes Saatgut und teure Pestizide einzukaufen. Die indischen Bäuerinnen und Bauern, sagt die Autorin, seien «die stillen Opfer der rasanten Entwicklung des Landes».

Nachlässige Bauern?

Die Bauern-Suizide sind in den indischen Medien längst keine spektakuläre Neuigkeit mehr. Am 14. Juli sind die neusten Zahlen – 639 Selbsttötungen zwischen März und Mai allein im Staat Maharashtra – der *Hindustan Times* gerade mal eine einspaltige Nachricht auf Seite 5 wert.

Dass sich seit Jahren auch immer wieder Bauern und Landarbeiter beim Versprühen von Pestiziden unwillentlich vergifteten, war dagegen bis letztes Jahr kaum Thema gewesen. Erst als die Zahl der Fälle im letzten Herbst eine nie gekannte Dimension erreichte, begann man sich über Yavatmal hinaus zu fragen: Was geht hier vor sich?

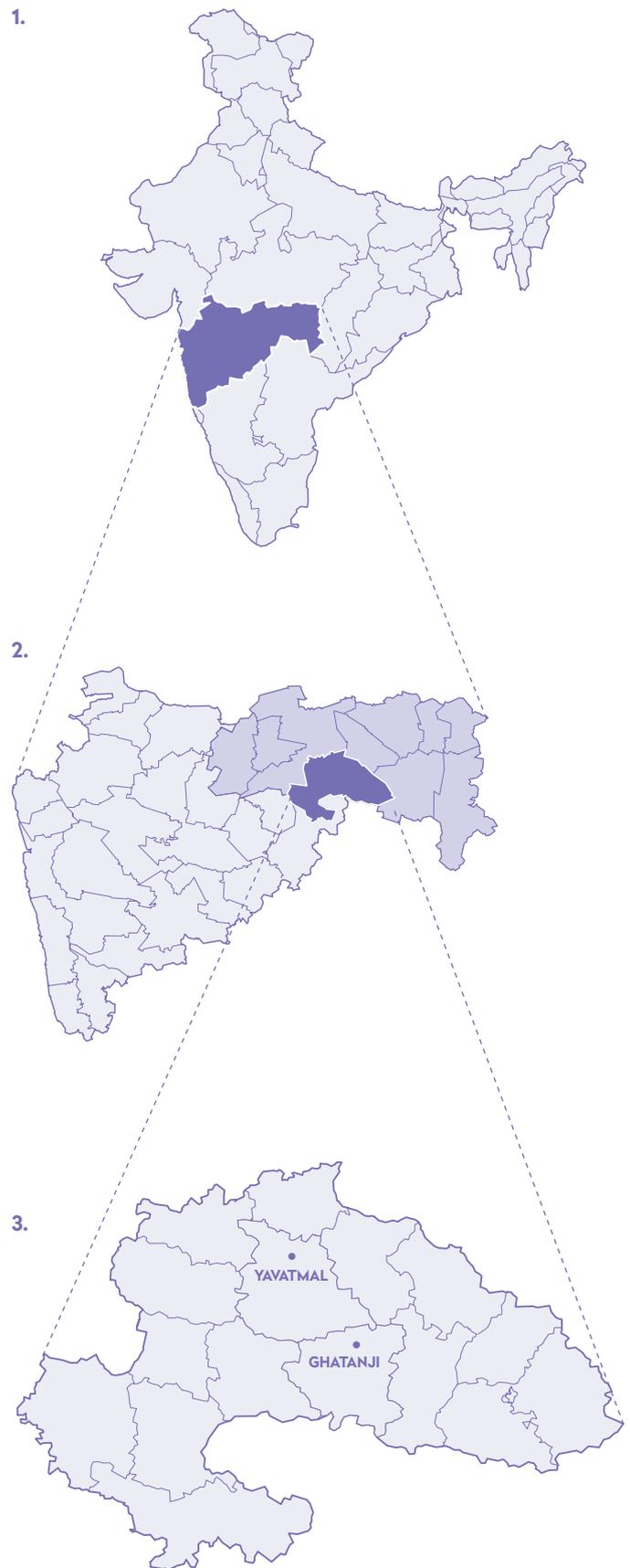
Anfang Oktober setzte der Ministerpräsident von Maharashtra ein siebenköpfiges Sonderermittlungsteam ein, um den Ursachen für die Vergiftungswelle nachzugehen. Dessen Schlüsselerkenntnisse: Verglichen mit früheren Jahren waren die Baumwollpflanzen – aufgrund klimatischer Faktoren, wohl aber auch aufgrund exzessiven Einsatzes von Dünger – deutlich höher gewachsen als üblich, auf eine Höhe von bis zu einem Meter achtzig. Weil die Baumwolle stärker als im Vorjahr von saftsaugenden Schädlingen angegriffen wurde – von Weissen Fliegen, Zikaden und insbesondere dem gefürchteten roten Baumwollkapselwurm – sei das grossflächige Ausbringen von Pestiziden nötig geworden. Das Spraysen auf Kopfhöhe habe «den Anteil der durch Inhalation in den Körper geratenen Pestizide erhöht». Die Anwender hätten sich zudem meist lediglich ein Tuch um den Mund gebunden und sich ohne adäquate Schutzkleidung an die Arbeit gemacht. Hinzu komme, dass die modernen elektrischen oder dieselbetriebenen Pumpen mehr Pestizid versprühten, als nötig wäre, und das in feinen Tröpfchen, die länger in der Luft «hängen» blieben. Schliesslich hätten die Anwender verschiedene Insektizide und Wachstumsregler miteinander gemischt, wodurch besonders giftige Verbindungen entstanden seien, die unmöglich mehr mit einem spezifischen Gegenmittel behandelt werden könnten.

Doch mit welchen Substanzen hatten sich diese Männer vergiftet? Hätten sie es verhindern können? Wurden sie über die Gefahren dieser Pestizide in Kenntnis gesetzt?

Made in Montney

Als Ende September in Indien die ersten Zeitungsberichte über Todesopfer erschienen, tauchten rasch die ersten Namen von Insektiziden auf, die für die Vergiftungswelle verantwortlich seien: die indischen Fabrikate Profex Super, Police und Monocil, letzteres ein Insektenvernichtungsmittel mit dem höchst giftigen Wirkstoff Monocrotophos. Und Polo, ein Insektizid mit dem aktiven Wirkstoff Diafenthiuron, hergestellt vom Schweizer Unternehmen Syngenta.

Diafenthiuron ist ein Breitbandinsektizid, das saugende Schädlinge zuerst lähmt und schliesslich tötet. Auf Baumwollfeldern wird es in erster Linie zur Bekämpfung der Weissen Fliege eingesetzt. Es ist eines von 40 Syngenta-Pestiziden, die das internationale Pesticide Action Network (PAN) als hochgefährlich einstuft. In der Europäischen Union wurde das 1991 auf den Markt gebrachte Insektizid im Jahr 2002 verboten, in der Schweiz



1. Land: **Indien** | Staat: **Maharashtra**
2. Staat: **Maharashtra** | Region: **Vidarbha** | Distrikt: **Yavatmal**
3. Distrikt: **Yavatmal** | Städte: **Ghatanji** und **Yavatmal**

2009. Gemäss der Europäischen Agentur für chemische Stoffe (ECHA) ist Diafenthiuron «giftig, wenn es eingeatmet wird» und kann «bei längerer oder wiederholter Exposition Organschäden bewirken».

Was Diafenthiuron von anderen giftigen Syngenta-Produkten unterscheidet: Anders als diese wird der Stoff tatsächlich in der Schweiz hergestellt – am Produktionsstandort des Agrarriesen in Monthey im Wallis. Zahlen, die Public Eye unter Berufung auf das Öffentlichkeitsgesetz und nach monatelangem Widerstand von Syngenta erhalten hat, zeigen: 2017 hat das Unternehmen insgesamt über 126 Tonnen des Wirkstoffs aus der Schweiz exportiert; 75 Tonnen nach Indien, 50 Tonnen nach Südafrika und eineinhalb nach Kolumbien. Wurden vor einigen Jahren auch noch andere hierzulande verbotene Pestizide zu Tonnen aus der Schweiz ausgeführt, ist Diafenthiuron mittlerweile der einzige in der Schweiz nicht zugelassene Wirkstoff, der in grossen Mengen exportiert wird.

Syngenta sieht «andere Gründe»

In Indien begann sich nach der Vergiftungswelle bald der Staat für Syngenta zu interessieren. Im Oktober 2017 gab der Agrarminister des Staates Maharashtra bekannt, wegen des Pestizids Polo Ermittlungen gegen Syngenta aufzunehmen – wegen *culpable homicide*, also «Totschlags». Bis heute wurde nicht bekannt, ob dies tatsächlich geschehen ist und was allenfalls aus dem Verfahren wurde. Syngenta bekundete im letzten Oktober gegenüber indischen Medien «tiefe Besorgnis» über die Vergiftungen, stellte aber auch gleich klar, dass ihr Insektizid für diese nicht verantwortlich sei: Polo werde in Indien seit 14 Jahren erfolgreich grossflächig

Syngenta bekundete gegenüber indischen Medien «tiefe Besorgnis» über die Vergiftungen, stellte aber auch gleich klar, dass ihr Insektizid für diese nicht verantwortlich sei.

verwendet, ohne dass es dabei zu Todesfällen gekommen sei, teilte Syngenta Indien mit. «Andere Gründe» hätten zu diesen «bedauerlichen Vorfällen» geführt: die unüblich hohen Pflanzen und die Versäumnisse der Bauern, die sich nicht geschützt und verschiedene Pestizide miteinander gemischt hätten.

Die Regierung von Maharashtra überzeugten Syngentas Argumente offensichtlich nicht: Im Juni 2018 hat sie den Verkauf von fünf Pestiziden vorübergehend untersagt – darunter Diafenthiuron. Zudem hat Maharashtra Indiens Landwirtschaftsministerium



Der Eingang zum Spital in Yavatmal:
Neugieriger Besuch ist hier gerade nicht erwünscht.

aufgefordert, den Verkauf dieser fünf Wirkstoffe permanent zu verbieten. Im August nun hat die indische Regierung nach einer bereits seit Jahren laufenden Evaluation eine Liste von zwölf Pestiziden veröffentlicht, die sie verbieten wird. Doch Diafenthiuron sucht man darauf ebenso vergeblich wie andere hochgiftige Kassenschlager wie Paraquat oder Monocrotophos. Für den bekannten indischen Agrarexperten Keshav Krant hi vom International Cotton Advisory Committee in Washington ist das keine Überraschung. Die Pestizid-Lobby in Indien beeinflusse die politischen Entscheidungsträger und Regulierungsbehörden, schreibt er auf Anfrage. Durch das «Zurechtbiegen von Fakten, die ihr nicht passen» wehre sich die Industrie immer wieder erfolgreich gegen das Verbot hochgefährlicher, aber kommerziell erfolgreicher Pestizide.

Atropin für alle

Der Ort, um herauszufinden, welche Substanzen für die Vergiftungswelle vom letzten Jahr verantwortlich waren, müsste eigentlich das Government Medical College & Hospital in Yavatmal sein. Es ist das einzige grössere Spital der Region, hierhin wurden die meisten Opfer schwerer Vergiftungen gebracht. Doch neugieriger Besuch ist hier momentan nicht willkommen. Denn das Spital kam nach den Vergiftungen



Haribhau Kumbhekar wurde im Oktober beim Ausbringen eines Pestizidmixes vergiftet – und hat sich nicht mehr vollständig erholt. «Er ist nicht mehr derselbe», sagt seine Tochter Annapurna.

letztes Jahr von verschiedenen Seiten her heftig in die Kritik. Der Vorwurf: Es habe dort sowohl an Wissen betreffend Pestizid-Wirkstoffen wie auch an Diagnoseinstrumenten gefehlt, um die Betroffenen mit spezifischen Gegenmitteln behandeln zu können. Die Konsequenz: Allen schweren Fällen wurde Atropin verabreicht – das Gegenmittel bei Vergiftung durch sogenannte organophosphate Pestizide. Tatsächlich hatten viele (wenn auch keineswegs alle) der Betroffenen das hochgiftige Organophosphat Monocrotophos gesprüht – aber eben meistens gemischt mit anderen Substanzen wie zum Beispiel Polo, das kein Organophosphat ist.

Bandu Sonule, der Ehemann von Geeta, der in diesem Spital verstarb, ist so ein Fall. Er hatte gegenüber dem Personal und seiner Frau Geeta gesagt, er habe das Syngenta-Pestizid Polo ausgebracht, gemischt mit anderen Substanzen, die er jedoch nicht benennen konnte. Eine Diagnose, die aufgezeigt hätte, womit er vergiftet worden war, gab es nicht. Ihm wurde Atropin verabreicht. Doch Atropin kann bei zu hoher Dosierung drastische Folgen haben: Unruhe und Aufregung, Halluzinationen, Delirium, Krampfanfälle, Koma. Die Frage, ob die giftigen Pestizidgemische alleine die Ursache für die gesundheitlichen Folgen der Opfer waren, oder ob auch die flächendeckende Behandlung mit dem Gegengift Atropin Gesundheitsschäden bewirkt hat, dürfte kaum je geklärt werden.

Es ist schwer vorstellbar, was damals los war im Spital in Yavatmal. Es seien schreckliche Bilder gewesen, sagen diejenigen, die dabei waren. Am Tag, an dem Bandu Sonule verstarb, lag auch der 38-jährige Sumesh Kanande aus dem Dorf Lomi in diesem Spital, an Armen und Beinen am Bettgestell festgemacht. Ihm war schwindlig und übel geworden, nachdem er drei Tage am Stück verschiedene Pestizidgemische versprüht hatte, unter anderem aus den Pestiziden Polo und Monocil. Im Spital verlor er das Bewusstsein. Vier Tage später wachte er auf, festgebunden am Spitalbett. «Ich hatte Panik, ich schrie, aber niemand kam», erzählt er, als wir ihn im Juli in Lomi besuchen. «Ich hatte Angst, zu sterben.» Neben ihm seien etwa ein Duzend anderer Sprayer gelegen. «Alle waren sie an ihr Bett gefesselt, alle.»

«Er ist nicht mehr derselbe»

Eine Woche, nachdem Sumesh Kanande das Spital in Yavatmal verlassen hatte, wurde Haribhau Kumbhekar dort eingeliefert. Zwölf Tage in Folge hatte er zuvor Pestizide ausgebracht, ein Gemisch aus Polo und anderen Pestiziden, sagt er, als wir ihn im Dörfchen Bhari besuchen, in dem er mit seiner Familie lebt. Welche anderen, das habe ihm der Landbesitzer nicht gesagt. Am zwölften Tag bekam er Durchfall, ihm wurde schlecht. Am nächsten Morgen brachte ihn seine Tochter in einer Autoriksha zum Spital nach Yavatmal, um 15 Uhr



Hiroman Soyam konnte kaum mehr sprechen und sehen, nachdem er das Syngenta-Pestizid Polo gesprayed hatte. «Sein Leben wurde auf dem Feld vergeudet», sagt seine Frau Archana.

kam er auf die Intensivstation, um 16 Uhr verlor er das Bewusstsein. Als er wieder aufwachte, zuckten seine Glieder, er versuchte, sich die Infusion herauszureissen, seine Tochter rief die Verwandten anderer Patienten um Hilfe, um ihn auf dem Bett festzuhalten, bis er an diesem festgebunden wurde, 15 Tage lang.

Heute hat Haribhau, der deutlich älter aussieht als die 53 Jahre, die er als sein Alter angibt, nur noch Energie für leichte Arbeiten. Auch das Sprechen scheint ihm Mühe zu bereiten. Wieder und wieder verliert er sich beim Versuch, in seinen Erinnerungen nach Antworten auf detaillierte Fragen zu suchen. In diesen Momenten springt Annapurna ein, seine Tochter. Die um die dreissig Jahre alte Annapurna Kumbhekar – ihr genaues Geburtsdatum kennt sie nicht – ist eine ebenso eloquente wie leidgeprüfte Frau. Vor vier Jahren verlor sie ihren Mann. Er habe zuerst viel Alkohol und dann ein Pestizid getrunken, sagt sie nur. Vor einem Monat verlor sie ihren fünfjährigen Sohn. Er hatte plötzlich hohes Fieber, die Behandlung im Provinzspital schlug fehl. Und letzten Oktober verlor sie ihren Vater – oder zumindest den Mann, der ihr Vater bis dahin gewesen war. Haribhau lebt noch, er sitzt da gleich neben ihr, an die unverputzte Wand gelehnt, und starrt an die Decke. «Aber er ist nicht mehr derselbe», sagt seine Tochter. «Vorher war er fit und gesund. Jetzt

ist er schwach und stets müde, er sieht nicht mehr gut, hat Schmerzen.» Annapurna und ihre Mutter Vimalbai jäten täglich auf fremden Feldern Unkraut, doch dieses Einkommen reicht nirgendwo hin. Die 5000 Rupien oder gut 70 Franken, die Haribhau wie die meisten Vergifteten von einer staatlichen Stelle als Kompensation erhalten hat, sind längst wieder weg.

Polo im Gesicht

Bandu Sonule, Sumesh Kanande und Haribhau Kumbhekar – sie alle haben das Syngenta-Pestizid Polo versprüht. Aber alle in Kombination mit unterschiedlichen anderen Insektiziden, Fungiziden, Wachstumsreglern. Es ist unmöglich zu sagen, welche spezifische Substanz oder welche Kombination von Substanzen zu welchen Teilen für ihre Vergiftungen verantwortlich war.

Doch unter den mehreren Dutzend Männern, die uns von gesundheitlichen Folgen nach dem Gebrauch von Polo berichten, gibt es auch andere, eindeutiger Fälle. Solche, die eher Aufschluss geben über die Frage, ob das Produkt tatsächlich so harmlos ist, wie Syngenta beteuert. Fälle wie jenen des 40 Jahre alten Bauern und Landarbeiters Hiroman Soyam. Auch er landete im September im Spital, nachdem er in einem Baumwollfeld gesprayed hatte. Aber er habe kein Gemisch verschiedener Substanzen versprüht, beteuert er. In seinen



Purushottam Khadse hat noch einen Sack Polo auf Lager.
«Aber das werde ich nie mehr verwenden», sagt er.



Kanister habe er ein einziges Pestizid geleert, angerührt mit Wasser: Polo. Es sei heiss gewesen und ein starker Wind habe geweht, «er blies mir den Spray ins Gesicht», sagt er. Als er am nächsten Tag aufwachte, waren seine Wangen ebenso angeschwollen wie die Augen und der Brustkorb, er hatte Fieber, Durchfall, konnte kaum mehr sprechen und sehen. Im Spital musste er drei Tage mit Infusion am Boden verweilen, bis er ein Bett erhielt, an dem er nach der Behandlung mit einer intravenösen Flüssigkeit – wohl Atropin – festgebunden wurde.

Hiroman hat sich bis heute nicht erholt. Früher habe er immer viel gearbeitet, keinen einzigen Tag sei er daheimgeblieben, sagt Archana, seine Frau. Heute reiche seine Energie gerade noch aus, um die Büffel seines Vaters auf die Weide zu bringen. Sie wünsche sich, sagt Archana, dass ihre 17-jährige Tochter und ihr 13-jähriger Sohn dereinst nicht auf einem Baumwollfeld arbeiten müssen. «Wenn schon das Leben ihres Vaters auf dem Feld vergeudet wurde», sagt sie, «dann sollen wenigstens die Kinder ein besseres Leben haben.»

«Danger»

Ein anderer Mann, der sich letztes Jahr nach dem Ausbringen von in Wasser angerührtem Polo im Spital behandeln lassen musste, ist der Bauer Purushottam Khadse aus dem Dorf Inzala. Er wurde weniger schlimm vergiftet:

Nach einigen Tagen sah er wieder normal, Nachwirkungen spürt er heute keine mehr. «Aber Polo», sagt er, «werde ich nie mehr verwenden.»

Dabei hätte er noch davon. Er öffnet ein kleines Schächtchen im Eingangsraum seines Häuschens, zieht einen noch verschlossenen weissen Sack aus einer Plastiktüte. «Danger» steht über dem blauen Warndreieck. Blau bedeutet «giftig». Über dem Dreieck wird ge-

Auf der Verpackung wird gewarnt: «Inhalieren und Kontakt mit Augen vermeiden», «Schutzkleidung, Maske, Brille und Stiefel tragen». Und: «Es ist kein spezifisches Gegenmittel bekannt.»

warnt: «Inhalieren und Kontakt mit Augen vermeiden», «Schutzkleidung, Maske, Brille und Stiefel tragen», «im Falle irgend eines Zeichens von Vergiftung sofort den Doktor konsultieren». Und: «Es ist kein spezifisches Gegenmittel bekannt. Symptomatische Therapie anwenden.» Nur: All diese Hinweise stehen da lediglich in Englisch und in Hindi. Kein Wort in Marathi, der Sprache, die die Menschen hier zumeist als einzige spre-



Behälter hochgefährlicher Pestizide für den täglichen Toilettengang, Düngerdepot im Schlafzimmer, Sprयरucksack: die Agrochemie ist omnipräsent.



chen. An der Packung klebt ein kleines Faltblättchen, auf dem die Warnhinweise in kleiner Schrift in zwölf verschiedenen Sprachen aufgeführt sind. Auch in Marathi. Aber das Faltblättchen hat Purushottam Khadse nie geöffnet. Hätte er es getan, hätte er Buchstaben vorgefunden, die so klein sind, dass sie von blossen Auge kaum zu entziffern sind. Auch das Sonderermittlungsteam der Regierung hatte festgestellt, die Schrift in den Informationsbroschüren sei «nicht lesbar» und könne deshalb «nicht verstanden oder befolgt werden». Das ist eine Verletzung des Internationalen Verhaltenskodexes für Pestizidmanagement der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UNO (FAO), der von den Firmen verlangt, dass sie eine «deutliche und präzise Kennzeichnung» verwenden (Artikel 5.2.4.7). An diesen Kodex müsste sich Syngenta eigentlich ausnahmslos halten. Der Konzern ist Mitglied von CropLife, einem Verband von Agrarkonzernen, der angibt, die vollständige Einhaltung des FAO-Kodexes sei Voraussetzung, um Mitglied zu werden. Tatsächlich?

Einverständnis per Daumenabdruck

Auf ihrer Webseite schreibt Syngenta Indien: «Der sichere und verantwortungsvolle Umgang mit unseren Produkten ist die Basis unseres Bestrebens, den Landwirten zu helfen, mehr Nahrungsmittel mit weniger Ressourcen anzubauen. Unsere Stewardship umfasst verantwortungsvolle Landwirtschaftsprogramme und die sichere Handhabung und Lagerung unserer Produkte.»

Wir wollen sehen, wie das in der Praxis funktioniert – und machen uns auf die Suche nach dem Shop in der Stadt Ghatanji, in dem Purushottam Khadse sein Polo gekauft hat. Das Ladenlokal befindet sich in einem Nebensträsschen. In einem Regal sind drei Syngenta-Produkte nebeneinander aufgereiht: die Fungizide Amistar Top und Tilt sowie das Insektizid Ampglio, auf dem das gelbe Warndreieck prangt, das besagt, dass das Produkt «hochgiftig» ist. Daneben, in dreifacher Ausführung: Lakshmi, die indische Göttin des Glücks, der Schönheit und – nicht zuletzt – des Reichtums.

Wie also läuft so ein Pestizidkauf hier ab? Er schreibe jeweils mit Filzstift auf das Behältnis, in welchem Verhältnis das Pestizid gemischt und auf welche Pflanze es ausgebracht werden solle, sagt der Verkäufer. Wenn der Befall schwer sei, sagt er unumwunden, empfehle er durchaus, zwei Produkte, etwa ein Fungizid und ein Insektizid, zwecks Effizienz zu mischen.

In einem dicken Buch müssen die Bauern beim Kauf ihre Unterschrift unter einen Stempel setzen, der sinngemäss besagt: Ich wurde über dieses Insektizid, Herbizid oder Fungizid informiert, ich habe es aus eigenem Willen gekauft, mir wurden alle Sicherheitsinstruktionen gegeben und es liegt vollständig in meiner Verantwortung, das Produkt sicher anzuwenden. Jene, die nicht le-

sen und schreiben können, bezeugen ihr Einverständnis mit ihrem in Tinte getunkten Daumen. Ist es das, was Syngenta meinte, als sich der Konzern in seinem firmeneigenen Verhaltenskodex verpflichtet hat, «einen sachgerechten und verantwortungsvollen Umgang» mit seinen Produkten sicherzustellen? An der Wand des Lokals hängt ein «Certificate of Excellence», ausgestellt von Syngenta. «Als aufrichtigen Dank für Ihre Erfolge und Ihren Beitrag.» Bauern über die Gefahren von Pestiziden aufzuklären, ist offensichtlich nicht Teil dieser «Exzellenz». Genauso wenig, wie ihnen Zugang zu Schutzausrüstung zu verschaffen. Der FAO-Kodex verlangt von Regierungen und der Industrie, dass sie «die Benutzung von ge-

An der Wand des Pestizidladens hängt ein «Certificate of Excellence», ausgestellt von Syngenta. Bauern über die Gefahren von Pestiziden aufzuklären, ist offensichtlich nicht Teil dieser «Exzellenz».

eigneter persönlicher Schutzausrüstung fördern». Aber «nein», sagt der Verkäufer, der seine Pestizide von einem Zwischenhändler in Yavatmal bezieht, «wir erhalten von den Firmen kein Schutzmaterial». Einzig der deutsche Konzern BASF habe dieses Jahr blaue Plastikhandschuhe mitgeliefert, ein Paar pro Flasche eines Fungizids. Schutzausrüstung von Syngenta dagegen ist nirgends zu sehen, weder hier noch sonst wo, während der ganzen Woche nicht, in der wir in der Region unterwegs sind.

Wie ein schlechter Witz

Der einzige unter all den Männern, die wir treffen, der über eine Schutzausrüstung verfügt, ist Sumesh Kanande. Er hat die von einem der grössten Agrochemie-Konzerne Indiens gesponserte Ausrüstung letztes Jahr von einem Regierungsvertreter erhalten, nachdem er aus dem Spital entlassen worden war. Jetzt präsentiert er die Ausrüstung vor seiner Hütte. Wüsste man nicht um die Tragik, es wäre zum Lachen. Und die fünfjährige Shrivani lacht von Herzen. So hat sie ihren Vater noch nie gesehen. Er sieht aus wie ein Pinguin. Er trägt eine gelbe Schürze aus billigstem Plastik, hellblaue Einweghandschuhe, wie man sie von Chirurgen kennt, eine Plastikbrille, eine gelbe Maske und ein hellblaues Netz auf dem Kopf, wie sie Bäcker tragen. Ein kurzer Selbstversuch zeigt: Unter der Maske kriegt man kaum Luft, nach wenigen Atemzügen beschlägt die Brille. Die Einweghandschuhe müsste er allabendlich waschen, wenn sie nicht schon am ersten Tag reissen, die verschwitzte Maske sicherlich auch, solange sie dies durchhielte. Der Plastikschrurz wird ihn zusätzlich zum Schwitzen bringen und seine Poren



Im Shop: giftige Pestizide von Syngenta, Einverständniserklärung per Stempel.



Sumesh Kanande hat die Schutzausrüstung montiert...

für Pestizide öffnen, sein Rücken dagegen, an dem er den oft leckenden Behälter des Sprüheräts trägt, wird ungeschützt bleiben. Es wirkt wie ein schlechter Witz.

Der Artikel 3.6 des FAO-Verhaltenskodexes ist eigentlich unmissverständlich: «Auf Pestizide, bei deren Handhabung und Anwendung die Benutzung unbequemer, teurer und nicht ohne weiteres erhältlichlicher individueller Schutzausrüstung erforderlich ist, sollte verzichtet werden, insbesondere im Hinblick auf Kleinverbraucher und Landarbeiter in heißen Klimazonen.» Man fragt sich: Wenn das hier nicht der Fall ist, wo dann?

Kein Schutz, wenig Bewusstsein

Kein einziger von all den Bauern und Landarbeitern, mit denen wir sprechen, hat je von einem Verkaufsort Schutzausrüstung erhalten. Und keiner hat sich

Der Artikel 3.6 des FAO-Verhaltenskodexes ist eigentlich unmissverständlich: «Auf Pestizide, bei deren Handhabung und Anwendung die Benutzung unbequemer, teurer und nicht ohne weiteres erhältlichlicher individueller Schutzausrüstung erforderlich ist, sollte verzichtet werden (...).» Man fragt sich: Wenn das hier nicht der Fall ist, wo dann?

selbst je Schutzausrüstung gekauft. «Zu teuer», «ich weiss nicht wo», «dafür müsste ich nach Yavatmal, dann verliere ich einen Tageslohn». So und ähnlich klingen die Erklärungen. Und sich bei 45 Grad Celsius Masken anzuziehen, können sich die meisten auch einfach schlicht nicht vorstellen. «Man kann darin kaum atmen», das hören wir wieder und wieder.

Keiner von ihnen sagt, er sei je von einem Pestizidshop oder einer Firma detailliert über die Gefahren der erworbenen Produkte aufgeklärt worden. Keiner weiss genau, was er verspricht. Das Bewusstsein für die Gefahren der giftigen Pestizide scheint bei all jenen, die bisher nicht schwer vergiftet wurden, klein. Bei dem jungen Mann etwa, den wir ansprechen, als er gerade in einem Feld junger Baumwollpflanzen Pestizide versprüht – in kurzer Hose und ohne Schuhe, die Füße nass vom Pestizid. Es ist Confidor, ein Insektizid von Bayer – Giftklasse gelb, sehr giftig. Er bringe das Pestizid immer barfuss aus, sagt Akash, bis jetzt habe er nie negative Effekte gespürt. Würde er Schuhe tragen, blieben diese bei jedem Schritt in der feuchten Erde stecken und wären bald mehrere Kilos schwer. «Das geht nicht.»

Und sind die Pestizide einmal ausgebracht, bleiben die Behältnisse, in denen sie verkauft werden, im Gebrauch. Sie eignen sich bestens, um damit etwa Trinkwasser zu transportieren oder Wasser für die Hy-



...ganz zur Freude seiner Tochter Shravani.



Giftiges Pestizid, nackte Füße.
«Schuhe tragen, das geht nicht», sagt Akash.

giene. Wir sehen Kinder, die sich mit Pestizidflaschen mit rotem Warndreieck – «extrem giftig» – aufmachen, um draussen ihre Toilette zu verrichten. Wir sehen Behälter giftiger Pestizide an Türen von Plumpsklos, in Küchen. Sie sind überall.

«Abschreckende Strafmassnahmen»

Es ist offensichtlich: Eine sichere Anwendung hochgefährlicher Pestizide in diesen Verhältnissen ist eine Illusion. «Es gibt keine sichere Anwendung. Es sind Giftstoffe», sagt Dr. Narasimha Reddy, der Direktor des Pesticide Action Networks India. Die Herstellerfirmen dieser Stoffe müssten für die Vergiftungen bei der Anwendung wie auch für Umweltschäden in die Verantwortung genommen werden.

Aber wie? «Der Rechtsweg ist der beste Weg, um gegen Vergiftungen durch Pestizide vorzugehen», sagt der Agrarexperte Keshav Kranthi. Kavitha Kuruganti sieht es ähnlich. Die bekannte indische Landwirtschaftsaktivistin und Leiterin der aus 400 Organisationen bestehenden «Allianz für nachhaltige und ganzheitliche Landwirtschaft» hatte nach der Vergiftungswelle selbst eine Fact-Finding-Mission in der Region geleitet. Sie findet: Damit multinationale Firmen nicht mehr «mit Falschbehauptungen» und «auf Kosten von Leben und Nachhaltigkeit» Profit erwirtschaften könnten, helfe

kurzfristig nur eines: «abschreckende Strafen». Und längerfristig müsse sich Indien von der «auf Chemie beruhenden Landwirtschaft» verabschieden – auch wenn es dazu umfassender staatlicher Investitionen in ökologischen Landbau bedürfe. Sie möchte betonen, schreibt sie per Mail, «dass die indische Landwirtschaft und indische Bauern bestens zurechtkommen ohne die Aktivitäten von Konzernen wie Syngenta».

Syngenta wollte die Fragen von Public Eye zu den Vorfällen in Yavatmal nicht beantworten. Gemäss der «Times of India» wurden dieses Jahr bis Ende August bereits wieder 84 Opfer von Pestizidvergiftung ins Spital in Yavatmal eingeliefert. Das Spital der Nachbarstadt Akola verzeichnete einen ersten Todesfall. Die pestizidintensivste Zeit hat erst begonnen. ■

Der Nationalrat kann ein Exportverbot beschliessen

Im Schweizer Nationalrat wird demnächst ein Vorstoss debattiert, dessen Annahme ein Verbot des Exports von Syngentas Pestizid Polo aus der Schweiz zur Folge hätte. Und durch eine Annahme der Konzernverantwortungsinitiative könnten auch weltweite Vergiftungen durch die 39 anderen hochgefährlichen Syngenta-Pestizide endlich wirksamer bekämpft werden.

In der Medizin ist kein spezifisches Gegenmittel bei Vergiftungen durch das Pestizid Diafenthuron bekannt. In der Politik dagegen schon. In der Schweiz hat Nationalrätin Lisa Mazzone im vergangenen Dezember eine Motion eingereicht, nachdem Public Eye den Export von hierzulande verbotenen Pestiziden aus der Schweiz aufgedeckt hatte. Mazzone verlangt von der Regierung, «die Ausfuhr von Pestiziden zu verbieten, deren Verwendung in der Schweiz wegen ihrer Auswirkungen auf die Gesundheit des Menschen oder auf die Umwelt verboten ist».

«Nicht verhältnismässig»

Die Antwort: «Der Bundesrat erachtet ein generelles Ausfuhrverbot für Pestizide, die in der Schweiz wegen ihrer Gesundheits- oder Umweltrisiken nicht verkehrsfähig sind, als nicht verhältnismässig, soweit der Schutz der Gesundheit von Menschen und der Umwelt mit anderen Massnahmen erreicht werden kann, welche die Wirtschaftsfreiheit weniger stark beschränken.» Nur: In den darauffolgenden Sätzen räumt die Regierung selbst ein, dass diese «anderen Massnahmen» offensichtlich nicht funktionieren. «Insbesondere in Entwicklungsländern, in denen Arbeitnehmende und Bauern nicht über die notwendige Ausbildung, Information und Schutzausrüstung für eine sichere Anwendungspraxis verfügen», könnten «ernsthafte Gesundheits- oder Umweltprobleme verursacht werden», schreibt der Bundesrat. «Diese Personen exponieren daher sich selber und die Umwelt regelmässig diesen gefährlichen Pestiziden.»

Zusammengefasst: Die Menschen in Entwicklungsländern in gleichem Masse davor zu schützen, von Pestiziden vergiftet zu werden, wie uns, ist nicht so wichtig, als dass man dafür Syngenta um einen Bruchteil ihres Umsatzes bringen möchte. Dass sich die Menschen dort diesen Giftstoffen ungeschützt aussetzen, ist bedauerlich, aber nicht unsere Schuld.

«Klare Verletzung der Menschenrechte»

Die Verantwortung von Syngenta, sicherzustellen, dass ihre Produkte sicher angewandt werden? Taucht nirgends auf. Dass der UN-Sonderbeauftragte letztes Jahr in einem Bericht an den UN-Menschenrechtsrat (unter Punkt 73) mit explizitem Verweis auf Syngenta festgehalten hat, es stelle eine «klare Verletzung der

Menschenrechte» dar, wenn man Bevölkerungen anderer Länder Giftstoffen aussetze, die «nachweislich schwerwiegende Gesundheitsprobleme oder gar den Tod» verursachen könnten – scheint die Schweizer Regierung wenig zu kümmern. Sie zeigt sich lediglich dazu bereit, einen Entwurf für eine Verordnungsregelung ausarbeiten zu lassen, welche die Ausfuhr von gefährlichen, in der Schweiz verbotenen Pestiziden von einer ausdrücklichen Zustimmung des Einfuhrlandes abhängig machen würde. Der Vorstoss von Lisa Mazzone dürfte in der Wintersession oder dann nächstes Jahr im Nationalrat behandelt werden. Angesichts der Tatsache, dass er von 41 Parlamentarierinnen und Parlamentariern unterschiedlichster politischer Couleur unterschrieben wurde, scheint es durchaus möglich, dass er eine Mehrheit findet.

Initiative als Chance

Eine Annahme der Motion dürfte auch ein starkes Signal in Richtung England sein, von wo Syngenta andere giftige Pestizide – etwa das in der EU und der Schweiz verbotene Paraquat – in die Welt exportiert.

Eine Annahme der Motion wäre ein starkes Signal. Und es gibt ein weiteres wirksames Gegenmittel am politischen Horizont der Schweiz, um Vergiftungen durch hochgefährliche Syngenta-Pestizide einzudämmen: die Konzernverantwortungsinitiative.

Und es gibt ein weiteres wirksames Gegenmittel am politischen Horizont der Schweiz, um Vergiftungen durch die 40 hochgefährlichen Syngenta-Pestizide einzudämmen: die Konzernverantwortungsinitiative. Sie verlangt von Unternehmen, dass sie mögliche Menschenrechtsverletzungen in ihren Geschäftsabläufen erkennen und Massnahmen ergreifen, um diese zu verhindern. In Bezug auf ein giftiges Pestizid wie Polo in einem Kontext wie jenem in Yavatmal könnte eine seriöse Gefahrenanalyse wohl nur zu einem Resultat kommen: Es ist illusorisch, dass eine sichere Anwendung dieses Pestizids unter diesen Umständen sichergestellt werden kann. Die Folge: Der Verkauf müsste eingestellt werden. ■

Aus heiterem Himmel

Die Wolke kam zur Pause. Im Mai 2013 wurden im brasilianischen Rio Verde über 90 Kinder und Erwachsene vergiftet, als der Pilot eines Agrarflugzeugs über einer Schule im falschen Moment auf den Knopf drückte und sie mit einem Insektizid von Syngenta einnebelte. Im März 2018 sind sowohl das Luftfahrtunternehmen Aerotex wie auch Syngenta Brasilien von einem regionalen Bundesgericht verurteilt worden – jedoch lediglich zu einer tiefen Geldstrafe. Viele der Betroffenen leiden bis heute unter den Folgen. Doch ihre Hoffnung auf Wiedergutmachung haben sie fast aufgegeben. Denn wer sich hier mit der Agrarlobby anlegt, lebt ungemütlich.

CARLA HOINKES

«Es war wie ein Nieselregen», sagt der heute 17 Jahre alte Wagner Mendes Vieira Filho. «Meine Kleider wurden ganz feucht.» Dann habe der Kopf zu schmerzen begonnen. Die Haut zu jucken. Sei der Atem weggeblieben. Anderen Kindern sei übel geworden, manche hätten sich übergeben, das Bewusstsein verloren. «So viele Kinder lagen am Boden, schrien vor Schmerzen», sagt Hugo Alves dos Santos. «Ein Junge kratzte sich die Brust blutig.» So erinnern sich der damalige Schüler und der damalige Schulleiter an das, was am 3. Mai 2013 vor ihrer Schule geschah.

Das spartanisch eingerichtete Gebäude der Schule São José do Pontal befindet sich in einer abgelegenen Siedlung in der Gemeinde Rio Verde des zentralbrasilianischen Bundesstaats Goiás. Es ist umgeben von gigantischen Mais- und Sojafeldern, auf denen regelmässig Pestizide aus der Luft ausgebracht werden. An diesem Tag aber kam das Flugzeug, eine Maschine des brasilianischen Luftfahrtunternehmens Aerotex, der Schule ungewöhnlich nahe. Während einer Pause sei es geflogen gekommen, so nah, dass man die Hitze des Motors gespürt habe, erinnert sich Hugo. Die Kinder hätten dem Piloten noch zugewinkt, einige seien ihm freudig nachgerannt. Dann spürten sie das Gift.

Die Bilanz dieses verheerenden Montags: 92 der 120 Anwesenden, die allermeisten Kinder im Alter von vier bis sechzehn Jahren, zeigten Symptome akuter Vergiftung. Auf dem Weg ins Krankenhaus wurde den Opfern Sauerstoff verabreicht, einige mussten reanimiert werden. Hugo, der an Asthma leidet, erlebte den Weg dorthin «wie eine Todesfahrt», sagt er. «Ich glaubte, ich würde sterben. Mein Mund trocknete aus, ich bekam keine Luft, der Druck im Kopf war kaum auszuhalten», erzählt er bei sich zu Hause. Doch am schlimmsten seien seine Erinnerungen an die Kinder: «Sie fielen in Ohnmacht, immer wieder. Sie schrien (Onkel Hugo, Onkel Hugo, lass uns nicht sterben).» Noch heute, nach mehr als fünf Jahren, verfolgt ihn diese Szenen in der Nacht.

Here comes the Star

Das Pestizid, das am 3. Mai versprüht wurde, heisst Engeo Pleno. Hergestellt wird es vom Schweizer Unternehmen Syngenta. In Brasilien bewirbt der Agrarriese sein Produkt in Fernsehspots als hochmodernes, effizientes und sicheres Insektizid für «gesunde Äcker». Der «neue Stern» Syngentas sei erschienen, heisst es im Spot, während eine glückliche Bauernfamilie zu einer brasilianischen Version des Beatles-Klassikers «Here comes the Sun» den Blick über die Monokulturen schweifen lässt, an deren fernem Horizont die Sonne gen Himmel steigt.

Schauen wir uns diesen «Stern» am Pestizidhimmel einmal genauer an. Engeo Pleno enthält eine Kombination zweier Wirkstoffe: Thiamethoxam und Lambda-Cyhalothrin. Thiamethoxam gehört zu den Neonicotiden – denjenigen Stoffen, die weltweit in Verruf geraten sind, weil sie nachweislich die Bienengesundheit gefährden. Erst im April dieses Jahres hat die EU



Schule, Syngenta, ehemaliger Schüler Wagner: bis heute Atemnot.

deshalb die Anwendung von Thiamethoxam und zwei weiterer Neonicotiden auf freien Feldern verboten. Gemäss EU wirkt Lambda-Cyhalothrin erwiesenermassen hormonaktiv. Es beeinträchtigt dadurch potenziell die Fruchtbarkeit, den Stoffwechsel und neurologische Funktionen. Laut Syngentas eigenen Angaben kann Lambda-Cyhalothrin akut Atemwege, Haut und Augen irritieren und bei Einnahme Lungenentzündungen, Schwindel und Erbrechen hervorrufen. Die EU geht deutlich weiter und warnt, das Einatmen des Stoffes könne tödlich sein. Beide Wirkstoffe sind vom internationalen Pesticide Action Network (PAN) auf die schwarze Liste hochgefährlicher Pestizide gesetzt worden. Wie sich die beiden Substanzen in Kombination auf die menschliche Gesundheit auswirken, ist ungewiss. Umfassend auf ihre Toxizität untersucht werden jeweils lediglich die einzelnen Wirkstoffe, nicht aber das fertige Pestizid.

«Sorgfaltspflicht missachtet»

Aufgrund seiner Gefährlichkeit für Bienen hatte auch die brasilianische Umweltbehörde IBAMA die Anwendung von Thiamethoxam per Flugzeug 2012 verboten. Engeo Pleno hätte am 3. Mai 2013 in Rio Verde also gar nicht aus der Luft versprüht werden dürfen. Das der Industrie nahestehende Landwirtschaftsministerium hatte zwar kurz nach dem IBAMA-Entscheid die Aus-



Bilder: Fábio Erdos/Panos Pictures

bringung per Flugzeug für einige Kulturen temporär wieder erlaubt, jedoch nicht für den Maisanbau.

Direkt nach dem Vorfall waren der Pilot und weitere Mitarbeitende des Luftfahrtunternehmens Aerotex wegen Umweltverbrechen und Missachtung des gesetzlichen Sicherheitsabstands zu Siedlungen gebüsst worden. Später hatte das Bundesministerium von Goiás sowohl Aerotex als auch Syngentas brasilianische Geschäftsstelle auf «immateriellen Schaden an der Gemeinschaft» verklagt. Im März 2018 sind nun beide Unternehmen vor einem regionalen Bundesgericht verurteilt worden. Syngentas Vergehen bestand gemäss Richtspruch darin, dass die Firma trotz gesetzlicher Vorschrift nicht über das bestehende Verbot, das Pestizid im Maisanbau per Flugzeug auszubringen, informiert habe. Damit habe sie «ihre Sorgfaltspflicht missachtet» und trage dieselbe Verantwortung wie das Unternehmen Aerotex, welches das Pestizid unrechtmässig versprüht hatte. Beide Unternehmen hätten grundlegende Rechte von Kindern und Jugendlichen verletzt.

Doch das Strafmass ist für die Menschen in Rio Verde ein Hohn: Die beiden Firmen wurden gemeinsam zu einer Strafe von umgerechnet 45 000 Franken verurteilt. Das sind gerade einmal eineinhalb Prozent der von der Anklage geforderten 3 Millionen Franken. Ein lächerlicher Betrag angesichts der hohen Opferzahl. Zudem geht das Geld nicht einmal direkt an die Geschädigten,

sondern fliesst in einen staatlichen Fonds. Von dort kann es erst auf Antrag den Opfern zukommen – sofern sie die erheblichen administrativen Hürden erfolgreich meistern. Auf eine Entschädigung warten die meisten Opfer von Rio Verde daher bis heute. Weitere Gerichtsverfahren, welche die Übernahme von Behandlungskosten durch die lokalen Behörden garantieren sollen, sind noch hängig. So sei eben das Rechtssystem hier, sagt Erly Maria da Silva, eine ehemalige Lehrerin an der Schule. Solche Verfahren könnten Jahre dauern. Grosse Hoffnung habe sie nicht mehr. Selbst wenn eines Tages ein Urteil fallen sollte, würde das nichts daran ändern, dass sie weiterhin «damit leben» müsste, sagt sie. Leben womit?

«Konnte nicht mehr richtig denken»

«So schlimm es im Moment auch war, ich rechnete nicht mit gesundheitlichen Folgeerscheinungen», erzählt Erly. Doch noch Wochen nach dem Vorfall hatte sie heftige Hustenanfälle, merkte, wie sie immer vergesslicher wurde. «Ich konnte nicht mehr richtig denken, war nicht einmal mehr in der Lage, eine Unterrichtseinheit zu planen.» Bald habe sie einen Teil ihrer beruflichen Verantwortung deswegen abgeben müssen, erzählt Erly auf der kleinen Veranda hinter ihrem Haus. Immer wieder legt sie lange Pausen ein, kämpft darum, die Fassung zu bewahren.

Bei Erly wurde eine chemisch bedingte Lungenentzündung diagnostiziert. Zudem benötigt sie noch heute täglich Medikamente gegen Bluthochdruck. Vor dem Zwischenfall sei sie immer gesund gewesen, sagt sie. Doch seither sei sie ein anderer Mensch. Auch bei den Schulkindern hätten sich nach dem Vorfall Beschwerden wie chronischer Husten, extreme Müdigkeit, Kopfschmerzen, Vergesslichkeit und depressive Verstimmungen gehäuft. Gerade jene Symptome, die auf eine Beeinträchtigung neurologischer Funktionen hinweisen können, müssten auf-

«Ich konnte nicht mehr richtig denken, war nicht einmal mehr in der Lage, eine Unterrichtseinheit zu planen», erzählt die Lehrerin Erly. Immer wieder legt sie lange Pausen ein, kämpft darum, die Fassung zu bewahren.

horchen lassen. Denn beide Pestizidwirkstoffe von Engeo Pleno wirken bei Insekten als Nervengift. Insbesondere bei Lambda-Cyhalothrin mehren sich wissenschaftliche Hinweise, dass es auch bei Menschen neurotoxisch wirkt.

Auch der damalige Schüler Wagner, der Epileptiker ist, sagt, seit dem Vorfall verspüre er manchmal Atemnot. Bis heute. Und seine Kopfschmerzen seien viel häufiger geworden. Vor allem aber habe sich die Häufigkeit seiner epileptischen Anfälle erhöht. Eine

Mutter, die ihren Namen nicht abgedruckt sehen möchte, berichtet, dass ihr damals achtjähriger und bis dahin kerngesunder Junge seit dem Vorfall gesundheitliche Probleme entwickelt habe. Heute leide er an Bronchitis, die nicht verschwinde, benötige Medikamente.

Hugo, Erllys ehemaliger Lehrerkollege, erzählt uns, dass während fast zwei Jahren nach dem Vorfall kaum ein Tag vergangen sei, an dem er nicht ins Krankenhaus ging, um kranke Kinder zu besuchen. «Kaum hatte sich eines erholt, wurde ein anderes krank.» Immer wieder sei die Schule ausgefallen. Er wisse von einem Dutzend gravierender Fälle. Von Opfern mit schweren Nieren- und Leberproblemen etwa. Doch viele Familien sind mittlerweile weggezogen, einige habe er lange nicht gesehen, sagt Hugo. Die Spuren verlieren sich.

Das Gesetz des Schweigens

Die Ärzte würden eine mögliche Verbindung zwischen den Gesundheitsproblemen und dem Ereignis kategorisch ablehnen, sagen alle Betroffenen. «Wenn du heute zum Arzt gehst und den Vorfall auch nur erwähnst, schickt er dich gleich wieder nach Hause», sagt Erly. Anfangs hätten sich vor allem die Medien für die Vergiftungen interessiert, doch bereits nach wenigen Monaten habe niemand mehr davon gesprochen, sagt Hugo. Wenn er mit den Kindern zum Arzt gegangen sei, habe man ihn nicht ernst genommen. «Da kommt wieder der Lehrer mit seinen Vergifteten», hätten sie gesagt. Manchmal sei ihnen gar die Behandlung verweigert worden. Er solle nicht so ein Drama machen. So sei zu den gesundheitlichen Folgen psychischer Stress gekommen, «aufgrund all jener, die uns verurteilten, stigmatisierten», ergänzt Erly. Natürlich hätten sie keine Beweise für einen Zusammenhang. «Wie soll man etwas beweisen, das nie wirklich untersucht worden ist», fragt sie. Bemühungen habe es schon gegeben, von Forschungsinstituten, NGOs, Wissenschaftlerinnen, die teils von weit her angereist seien. Doch die lokalen Behörden und Ärzte hätten nichts von einer systematischen Untersuchung durch Fachärztinnen wissen wollen. Im Urteilschreiben gegen Syngenta und Aerotex steht denn auch, es gäbe keine Beweise für «ernsthafte Folgeerkrankungen». So habe man den Vorfall nach und nach ausgelöscht, sagt Hugo. «Das Gesetz des Schweigens hat gesiegt.»

Sechs Kilo Pestizid pro Kopf

«Bereits einen Tag nach dem Vorfall bekam ich einen Anruf vom damaligen Bürgermeister Rio Verdes. Ich dürfe nicht zu den Medien sprechen, insistierte er.» Der damalige Bürgermeister ist einer der grössten Produzenten landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der Gemeinde. Und «gross» bedeutet in Rio Verde wirklich gross. Auf fast 390 000 Hektaren produziert die Gemeinde jedes Jahr mehrere Millionen Tonnen landwirtschaftlicher Erzeugnisse wie Soja und Getreide. Diese Fläche entspricht fast 40 Pro-

zent der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche der Schweiz. Die Landwirtschaft ist Rio Verdes wichtigster Wirtschaftszweig. Ihr Erfolg sei das «Ergebnis modernster Spitzentechnologie», schreibt die Gemeinde auf ihrer Webseite. Rio Verde ist nicht nur die grösste Getreide- und Ölsaatenproduzentin des Bundesstaats Goiás, sondern auch an sechster Stelle der nationalen Sojaproduktion und die siebtwichtigste Maisproduzentin Brasiliens.

Das ist nicht zu übersehen. Das Panorama ändert sich während unserer rund zweistündigen Autofahrt vom Stadtzentrum Rio Verdes zur Schule kaum: Monokulturen, soweit das Auge reicht. Geradezu exemplarisch versinnbildlicht Rio Verde damit das agroindustrielle Entwicklungsmodell der zentralen und westlichen Bundesstaaten Brasiliens. Dank staatlicher Fördermittel hat sich die landwirtschaftliche Fläche der Region in den letzten Jahrzehnten rasant ausgedehnt. Als Folge davon ist der Bundesstaat mittlerweile auch in Bezug auf den Einsatz von Agrochemie nationale Spitze: Mehr als 42 Tausend Tonnen Pestizide werden jährlich ausgebracht – das sind 6,3 Kilo pro Bewohnerin und Bewohner. Damit hat Goiás im Land, in dem so viele Pestizide verwendet werden wie nirgends sonst, den dritthöchsten Verbrauch im Verhältnis zur Bevölkerung.

Kaum ein schlechtes Wort

Obwohl Hugo um den Einfluss des Sektors wusste und obwohl er von oberster Stelle gewarnt worden war, schwieg er damals nicht. Lange habe er dafür gekämpft, dass die Kinder und ihre Familien zumindest medizinische Versorgung erhielten, sagt er. Dass die Sache wenigstens unabhängig untersucht würde. Doch immer wieder habe man versucht, ihn durch Einschüchterungen und sogar Morddrohungen zum Schweigen zu bringen. Seine Differenzen mit dem Bürgermeister führten zur Kündigung seiner Stelle als Schulleiter. Nicht immer sei klar gewesen, wer hinter den Drohungen steckte, wer hinter den Kulissen Druck ausgeübt hatte, sagt Hugo. So viele seien hier in Rio Verde in irgendeiner Weise vom Agrobusiness abhängig oder profitierten davon. Damit erklärt man sich hier auch die Zurückweisung in Krankenhäusern und Praxen, das offensichtliche Desinteresse der Behörden an dem Vorfall.

Ähnlich äussert sich Murilo Souza vom Agroökologie-Lehrstuhl der Universität Goiás: «Vielleicht ist die Krankenschwester, die die Kinder behandelt, die Tochter eines Sojaproduzenten. Vielleicht arbeitet ihr Mann in einer Kooperative, die auch Pestizide vertreibt. Vielleicht besitzt der Arzt selbst ein Maisfeld.» Das treffe auch auf viele Eltern zu, sagt der Landwirtschaftsexperte, «ganz zu schweigen von Politik und Behörden». Murilo Souza ist einer der Regisseure des Dokumentarfilms «Brincando na Chuva de Veneno» («Im Giftregen spielen»), der vor fünf Jahren die Vergiftungen zum Thema machte. Viele hätten es damals abgelehnt, vor der Kamera zu sprechen. Manche aus Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. «Die



«Die Grossen kommen nicht zu den Kleinen», sagt die ehemalige Lehrerin Erly Maria da Silva.

Leute fühlen sich nicht gut, wenn sie schlecht über das Agrobusiness sprechen. Entweder, weil jemand sie unter Druck setzt, oder ganz einfach, weil es sich nicht gehört.»

Dem Gift chronisch ausgesetzt

Pestizide, sagt die frühere Lehrerin Erly, gehörten hier zum Alltag einfach dazu. «Wir sind diesen Produkten ständig ausgesetzt.» In der Hochsaison liege stets dieser beissende Gestank in der Luft, sagt auch Wagner. Sei er besonders stark, beginne sein Kopf zu schmerzen, werde ihm schwindlig und übel, erzählt er im Garten vor dem Haus seiner Familie. Seit dem Zwischenfall reagiere er noch viel empfindlicher darauf. In einer Ecke liegen leere Pestizidbehälter. Keine 30 Meter weiter ragen hohe Maisähren in die Höhe. Als wir auf unserer Fahrt durch die scheinbar endlosen Felder auf einen Traktor treffen, der Pestizide ausbringt, erhalten wir eine unangenehme Geruchsprobe dessen, was Wagner uns schildert.

Erst kürzlich hat die Organisation Human Rights Watch in sieben verschiedenen Orten aller fünf grossen geografischen Regionen Brasiliens eine Erhebung zur Pestizidexposition durchgeführt, unter anderem in Rio Verde. In allen sieben Ortschaften berichteten die Befragten von Übelkeit, Erbrechen, Schwindel oder Kopfschmerzen, nachdem Produkte in der Nähe ihrer Häuser, Schulen oder Arbeitsplätze ausgebracht worden waren. Alles typische Symptome akuter Pestizidvergiftung. Gesprüht wird in allen Ortschaften wiederholt und mehrmals pro Jahr. Diesen Pestiziden chronisch ausgesetzt zu sein, kann schwerwiegende gesundheitliche Folgen haben. Kürzlich warnte ein Bericht des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP), dass bei Kindern dadurch Asthma, Krebs oder neurologische Störungen ausgelöst werden können. Zudem könne eine chronische Exposition zu lebenslangen Gesundheitsproblemen führen und erhöhe das Risiko von Früh- und Fehlgeburten, reduzierter Spermafunktion, Kindersterblichkeit und einer ganzen Reihe weiterer Krankheiten bei Erwachsenen.

Brasiliens Gesundheitsministerium hat 2017 fast 14 000 Pestizidvergiftungen registriert – 270 Fälle pro Woche, ein neuer Rekord. Renommierete Forschungsinstitute und Experten halten die Zahl allerdings für eine massive Unterschätzung, da unzählige Fälle nicht gemeldet oder von Ärzten nicht als solche identifiziert werden.

«Keinerlei Aktivität»

Als im März 2018 das Urteil gegen Syngenta Brasilien fiel, bedauerte der Konzern in der Presse den Vorfall, wies jedoch jede Verantwortung von sich. Syngenta beteuerte, dass man in Bezug auf den Vorfall «in keinerlei Aktivität involviert» gewesen sei. «Neben dem Einhalten aller Vorschriften und der ausschliesslichen Verwendung sicherer Spitzentechnologie investieren wir in Schulungen für die korrekte Anwendung der Produkte

auf dem Feld, um die Sicherheit für Mensch und Umwelt jederzeit zu gewährleisten», liess die Firma verlauten.

Von Schulungsaktivitäten durch Syngenta oder andere Agrarfirmer weiss jedoch niemand zu berichten. Der Konzern scheint seine Energie eher auf die Vermarktung seiner Produkte zu verwenden. Erst im März 2018 hat Syngenta in Rio Verde eine Werbeveranstaltung für rund tausend Besuchende veranstaltet. In seiner Anklageschrift hat das Bundesministerium explizit darauf hingewiesen, dass Syngentas aufwendige Promotionsaktivitäten für Pestizide «in keinem Verhältnis zu den sehr spärlichen Sicherheitsinstruktionen» stünden.

«So ist das eben»

Im Grossen und Ganzen habe sich seit 2013 kaum etwas verändert, hören wir von verschiedenen Seiten. Und das Schlimmste sei, dass es jederzeit wieder passieren könne. Zwar würden die Flugzeuge nun den gesetzlichen Sicherheitsabstand von 500 Metern einhalten und einen grossen Bogen um São José do Pontal fliegen. Doch Schulen wie diese gebe es in Goiás Hunderte, sagt Hugo, der heute in sechs Schulen der Umgebung Sport unterrichtet. Ob der Sicherheitsabstand dort respektiert wird, ist fraglich. Human Rights Watch hat vier Fälle dokumentiert, in denen dies nicht der Fall war. Wegen möglicher schwerer Auswirkungen auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit erlauben die EU und die Schweiz im Gegensatz zu Brasilien das Ausbringen von Pestiziden aus der Luft seit 2009 nur noch unter strengen Auflagen und per Sonderbewilligung.

Die Mutter des an Bronchitis leidenden Jungen sagt: «Wenn wenigstens für die Gesundheitskosten gesorgt wäre, wäre uns schon sehr geholfen. Manchmal ist der Junge krank, und wir können nicht zum Arzt, weil wir es uns nicht leisten können.» Doch bis heute hätten sie keine Unterstützung erhalten. Weder von Syngenta noch von irgendjemandem sonst.

Die Verantwortung für den Vorfall trügen Verschiedene, sagt Erly. Schlimm findet sie, dass «sie sich danach nicht für uns interessiert haben». Mit «sie» meint sie die Behörden, Unternehmen wie Aerotex, aber «insbesondere auch Syngenta», die Firma, die das Gift schliesslich produziere. Ihres Wissens sei nie jemand von Syngenta in Rio Verde erschienen. «Sie kümmern sich nicht um die Menschen. Sie sind auf den Gewinn aus. Sonst hätten sie sich doch auf die eine oder andere Weise gezeigt, sich positioniert», sagt sie. «Wie können sie überhaupt ein Pestizid hier versprühen, das in Europa verboten ist?» fragt sie. «Vertragen wir hier in Brasilien das Gift besser als ihr in Europa?»

Alles, was sie sich heute wünsche, sei Anerkennung, sagt Erly. Anerkennung dessen, was ihnen widerfahren sei und der Folgen davon. Sie wünschte sich, dass sich Syngenta wenigstens bei ihnen entschuldigte. «Aber die Grossen», sagt sie, «kommen nicht zu den Kleinen. So ist das eben.»

Syngenta Brasilien hat bereits Einspruch erhoben gegen das Urteil vom März 2018. ■

Nicht Patente, sondern Patientinnen und Patienten schützen

Vor vier Monaten hat Public Eye die Folgen der explodierenden Preise von Krebsmedikamenten zum Thema gemacht. Unsere Kampagne «Für bezahlbare Medikamente» hat eine bemerkenswerte Resonanz erzielt: 33103 Personen fordern vom Bundesrat, dass er endlich Massnahmen gegen diese desaströse Entwicklung ergreift.

PATRICK DURISCH UND GÉRALDINE VIRET

Gemeinsam mit der Krebsliga Schweiz hat Public Eye am 22. Mai die gross angelegte Kampagne «Für bezahlbare Medikamente» lanciert. Das Ziel: eine öffentliche Debatte über das Geschäftsmodell der äusserst profitablen Pharmaindustrie um die Basler Riesen Roche und Novartis zu initiieren. Im Fokus: die immer höheren Preise, die die Pharmaindustrie aufgrund ihrer Patentmonopole für ihre Medikamente festsetzt – und so auf Kosten von Patientinnen und Patienten exorbitante Gewinne erzielt.

Waren zu teure Medikamente bis vor einigen Jahren in erster Linie in Entwicklungs- und Schwellenländern ein Problem, stossen mittlerweile auch die Gesundheitssysteme von reichen Ländern wie der Schweiz an ihre Grenzen. Der Zugang zu lebensrettenden Arzneimitteln ist mittlerweile überall in Gefahr. Besonders alarmierend ist die Lage bei Krebsmedikamenten. Das ist umso gravierender, weil die Krankheit weltweit für jeden sechsten Todesfall verantwortlich ist und in der Schweiz jede vierte Person im Laufe ihres Lebens mit einer Krebserkrankung konfrontiert sein wird.¹

«Brauche 100 000 Franken»

«Brauche 100 000 Franken für Krebs-Medis.» Mit diesem Hilferuf einer (von einer Schauspielerin verkörperten) Patientin verwies Public Eye auf den Skandal, der im Pharmedland Schweiz bisher kaum thematisiert wurde – obwohl explodierende Gesundheitskosten und Krankenkassenprämien bei immer mehr Menschen für

Besorgnis sorgen. Die nüchterne Analyse von Gilbert Zulia, Präsident der Krebsliga Schweiz: «Tun wir nichts, fahren wir unser Gesundheitssystem an die Wand.»

Bei unseren filmisch festgehaltenen symbolischen Aktionen auf dem Zürcher Paradeplatz und vor dem Universitätsspital CHUV in Lausanne waren die Reaktionen ähnlich gemischt wie auch auf den sozialen Netzwerken: Während die meisten Leute bei unserer mittäglichen Aktion auf dem geschäftigen Platz an der Zürcher Bahnhofstrasse gleichgültig bis gereizt reagierten, überwogen vor dem Lausanner Universitätsspital, einem der wichtigsten Onkologiezentren des Landes, empörte Voten über das Geschäftsmodell der Pharma.

Bei der Haltestelle «CHUV» der Lausanner Metrolinie teilten einige Patientinnen und Patienten auf dem Weg zur Chemotherapie ihre Besorgnis hinsichtlich der exorbitanten Preise von Krebsbehandlungen mit uns. Auch Ärztinnen und Vertreter des Pflegepersonals äusserten sich, wenn aufgrund der Politik des Spitals auch diskreter, und bestätigten unsere Diagnose zum Gesundheitssystem. Vor laufender Kamera wollten sie keine Stellung nehmen. Doch ein Mann im weissen Kittel vertraute uns an, er zögere manchmal bei der Verwendung neuer Arzneimittel – aufgrund der Höhe ihrer Preise. Eine Ärztin sagte, für

¹ Gemäss WHO sowie dem Bundesamt für Statistik (2015).



Bilder: Martin Bichsel

die Pharmakonzerne werde es immer schwieriger, «die dermassen hohen Preise zu rechtfertigen», bevor sie ihren Kolleginnen und Kollegen raschen Schrittes folgte.

Bekanntes Heilmittel: die Zwangslizenz

Die Kampagne von Public Eye sollte die Ursachen und Folgen der inflationären Preispolitik der Pharmaindustrie ans Licht bringen. Aber nicht nur das. Ebenso wollen wir spürbare Veränderungen im Interesse der Patientinnen und Patienten bewirken – in der Schweiz ebenso wie in Entwicklungs- und Schwellenländern. Deshalb haben wir eine Sammelbeschwerde lanciert, die innert gut dreier Monate von 33 103 Personen unterschrieben worden ist. Sie fordern den Bundesrat dazu auf, jetzt innen- und aussenpolitische Massnahmen zu ergreifen, um bezahlbare Medikamente zu gewährleisten und damit einer Mehrklassenmedizin entgegenzuwirken. Unser Warnruf wird von zahlreichen Schweizer und internationalen Fachleuten unterstützt.

Ein politisches Gegenmittel ist längst bekannt: die Zwangslizenz, die die Vermarktung von erschwinglicheren Generika trotz bestehenden Patentschutzes ermöglicht. Diese im TRIPS-Abkommen der WTO vorgesehene Flexibilität kam an der Medienkonferenz, die wir zur Lancierung unserer Kampagne im Mai in Genf durchführten, immer wieder zur Sprache. Ellen 't Hoen, Direktorin des niederländischen Instituts Medicines Law & Policy, nahm dort die Staaten in die Verantwortung. Diese müssten

«eingreifen, wenn die Kosten für die Gesellschaft nicht mehr akzeptabel oder tragbar sind». In der Schweiz machen die Kosten für Arzneimittel laut Helsana fast ein Viertel der Ausgaben der Grundversicherung aus, und der Anteil der Krebsmedikamente daran wird immer grösser.

Berset räumt Handlungsbedarf ein

Unsere Kampagne löste ein breites Medienecho aus und zwang die wichtigsten betroffenen Akteurinnen und Akteure zu Stellungnahmen. Die Erkenntnis: Mit Ausnahme der Pharmakonzerne anerkennen alle, dass ein Handlungsbedarf besteht. Nicht nur renommierte Onkologen haben sich dahingehend geäussert, sondern auch der Schweizerische Patientenschutz (SPO). Er sei zuweilen mit Fällen konfrontiert, in denen «bestimmte Medikamente von den Krankenkassen nicht bezahlt werden, obwohl sie in der betreffenden Situation wirksamer [als andere] wären», teilte er mit. Für die unabhängige Stiftung müsste der Hebel «bei den über- teuerten Medikamenten angesetzt werden», statt dass Patientinnen und Patienten «eine wirksame Massnahme aus Kostengründen vorenthalten wird». Auch der Dachverband Schweizerischer Patientenstellen unterstützt unser Anliegen. Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) anerkennt die Kritik an der Preisbestimmung ebenfalls als begründet: «Es werden vermehrt Preise gefordert, bei welchen der Eindruck entsteht, dass möglichst viel Geld durch die steuer- und prämiendifinan-

zierten Sozialversicherungssysteme verdient werden soll und nicht, dass sie dem Nutzen der Therapie entsprechen sollen», sagte ein Sprecher im Mai gegenüber der Nachrichtenagentur SDA. Und am Rande der Weltgesundheitsversammlung in Genf hat auch Bundesrat Alain Berset selbst eingeräumt, dass es legislativer Anstrengungen bedürfe, um den Zugang zu Generika zu verbessern. Präziser wurde er jedoch nicht.

Eine schwer zu schluckende Pille

Wenig überraschend reagierte die Pharmaindustrie auf unsere Kritik mit den gewohnten Scheinargumenten. Von der Nachrichtenagentur SDA befragt, erwiderte Roche, die Forderung nach Zwangslizenzen sei «völlig unbegründet» und behauptete – fälschlicherweise –, es bestehe keine rechtliche Grundlage für deren Verwendung. Vonseiten des BAG wurden ähnliche Töne laut: Es fehlten «gesetzliche Grundlagen» für die Anwendung des Instruments. Während diese Argumentation als Taktik eines Grosskonzerns kaum erstaunen mag, ist es schwer zu akzeptieren, dass auch die Bundesverwaltung eine solche Unwahrheit propagiert. Denn die Schweiz hat die im internationalen Patentrecht verankerte Zwangslizenz in die eigene Gesetzgebung aufgenommen – als Artikel Nr. 40 im Patentgesetz.

Nicht nur Generika produzierende Unternehmen, sondern auch Staaten können von diesem Instrument Gebrauch machen: mittels der sogenannten «government-use licence», einer Lizenz für öffentlichen, nicht gewerblichen Gebrauch (Art. 40e Abs.1 PatG). Eine solche wandte Thailand 2008 an und widersetzte sich damit dem diplomatischen Druck, den die Schweiz im Interesse ihrer Pharmamultis ausgeübt hatte. Die Massnahme erlaubte es der thailändischen Regierung, über 350 Millionen Dollar einzusparen und gewährte 85 000 zusätzlichen Patientinnen und Patienten den Zugang zu lebenswichtigen Medikamenten. Auch der Bundesrat könnte für das öffentliche Interesse eintreten, indem er – völlig gesetzestreu und souverän – von der Zwangslizenz Gebrauch machen würde (siehe rechts).

Zynisch und lukrativ

Roche versuchte mit einem weiteren klassischen Trick, sich zu verteidigen und unsere Glaubwürdigkeit in Frage zu stellen: durch das Verdrehen von Zahlen. Die von uns angegebenen Kosten von etwa 100 000 Franken pro Jahr und Patientin für die kombinierte Behandlung mit den beiden Brustkrebs-Medikamenten Herceptin und Perjeta seien falsch. Gemäss der «Richtigstellung» des Basler Konzerns auf Swissinfo «liegt der Publikumspreis bei 80 000 Franken – kann aber je nach Behandlungsdauer höher liegen». Konsultiert man jedoch die auf der Spezialitätenliste des BAG aufgeführten Preise, kosten die beiden Roche-Medikamente zusammen 98 200 Franken pro Jahr. Die kombinierte Behandlung beinhaltet zudem die Einnahme eines dritten Arzneimittels, Docetaxel, das

Etwas guter Wille, lieber Bundesrat!

Als Antwort auf eine Frage des SP-Nationalrats Angelo Barrile teilte der Bundesrat im Juni mit, aus seiner Sicht sei «eine Entlastung der Gesundheitskosten durch Zwangslizenzen für neue, teure Arzneimittel (...) nicht möglich». Der im Heilmittelgesetz vorgesehene Unterlagenschutz verhindere die Zulassung günstigerer Generika. Der Bundesrat vermischt damit zwei Mechanismen aus zwei verschiedenen Gesetzen – Heilmittel- und Patentgesetz – und macht glauben, der eine verunmögliche de facto die Verwendung des anderen. Doch dieses Argument ist ein reines Täuschungsmanöver.

Der Unterlagenschutz verbietet es Generika-Produzenten, sich auf die Zulassungsdaten des Originalpräparats zu stützen – während zehn Jahren nach dessen Marktzulassung in der Schweiz. Ein Generika-Hersteller muss also entweder alle Tests selber erneut durchführen oder den Ablauf der Schutzdauer abwarten.

Allerdings wird eine Zwangslizenz durch dieses Datenmonopol keineswegs verunmöglicht. Dies zeigen konkrete Fälle in der EU und den USA, wo ebenfalls Exklusivitätsklauseln in Kraft sind. Sogar Interpharma, als Lobby der Pharmariesen die Initiantin der Datenexklusivität, erklärt auf ihrer Website unmissverständlich: «Die forschende pharmazeutische Industrie akzeptiert, dass der Testdatenschutz einer im berechtigten, öffentlichen Interesse erteilten Zwangslizenz nicht entgegenstehen soll. Wenn eine berechnete Zwangslizenz erteilt wird, dann hat diese auch Vorrang vor dem Testdatenschutz.» Der Bundesrat kann also problemlos diesen Vorrang geltend machen, um sich für die Bedürfnisse der Kranken einzusetzen – und dies mit dem Segen der Pharmaindustrie!

Es ist an der Zeit, sich von dogmatischen Positionen rund um die Zwangslizenz zu verabschieden. Ob unsere Behörden aus politischen Gründen von diesem Instrument Gebrauch machen möchten oder nicht, ist das eine. Aber sie sollten wenigstens zugeben, dass diese Möglichkeit im Schweizer Gesetz vorgesehen ist und gegebenenfalls genutzt werden kann. Andernfalls könnte man nur die Schlussfolgerung ziehen, dass der Bundesrat nicht in der Lage ist, das öffentliche Interesse in Bezug auf patentierte Medikamente wiederherzustellen, auf die das derzeitige Preiskontrollsystem keinerlei Einfluss mehr hat.

Ende August haben wir den Gesundheitsminister Alain Berset in einem von der ehemaligen Bundesrätin Ruth Dreifuss und der Schweizerischen Krebsliga mitunterzeichneten Schreiben diesen Sachverhalt dargelegt – damit das öffentliche Interesse am Zugang zu Medikamenten für alle und an einer Kontrolle der Medikamentenpreise nicht aufgrund falscher Annahmen privaten Profitinteressen untergeordnet wird.



Bilder: Martin Bichsel

die jährlichen Kosten auf 109 800 Franken ansteigen lässt. Wie rechtfertigt die Pharmaindustrie derart exorbitante Beträge? Neben den enormen Kosten, die für die Erforschung und Entwicklung dieser Medikamente aufgeworfen werden müssten, argumentiert Roche ziemlich unverblümt mit der Lebensnotwendigkeit seiner Medikamente: «Die Preise eines Arzneimittels sind abhängig vom Wert, den es für die Patienten, ihre Familien, die Zahlstellen und die Gesellschaft generiert», liess der Konzern in der Zeitung La Liberté ausrichten. Eine ebenso zynische wie lukrative Logik. Wer schon würde es wagen, zu bestreiten, dass ein Menschenleben von unschätzbarem Wert ist?

Unbegründete Drohungen

Hört man sich die Pharmakonzerne und ihre Lobbys an, scheint bereits die Frage nach rechtlichen Möglichkeiten zur Bekämpfung dieser irrwitzigen Auswüchse des Patentsystems eine Gefahr für das Gesundheitssystem zu sein. «Nur dank dieser Patente können investitionsintensive Erfindungen erarbeitet werden, die wiederum Millionen von Menschen das Leben deutlich verlängern und verbessern», erklärte ein Roche-Sprecher in der Tagespresse. Deshalb sei die Idee einer Zwangslizenz «schädlich für den Wirtschaftsstandort Schweiz». Interpharma stellte sich gar auf den Standpunkt, die Forderung nach einer Zwangslizenz in der Schweiz sei «ein Schuss in den eigenen Fuss» und sprach von einer «konfrontativen und ideologischen Forderung».

Auch wenn unsere Kampagne nicht auf eine Abschaffung von Patenten zielt, möchten wir trotzdem daran erinnern: Empirische Beweise dafür, dass Patente so, wie sie heute genutzt werden, die Innovation fördern, gibt es nicht. Die realen Kosten für Forschung und Entwicklung sind ausserdem eines der bestgeschützten Geheimnisse der pharmazeutischen Industrie. Eine amerikanische Forschungsgruppe, die zehn neu entwickelte Antikrebs-Moleküle untersuchte, hat die durchschnittlichen Kosten für die Entwicklung eines neuen Krebsmedikaments jüngst auf ungefähr 650 Millionen Dollar geschätzt. Das ist bloss ein Viertel der 2,56 Milliarden, die die Branchenriesen als durchschnittliche Entwicklungskosten angeben, um ihre Preise rechtfertigen zu können.

Margen über 7000 Prozent

Sprechen wir Klartext: Es sind die durch Patente verursachte Monopolstellung und die Undurchsichtigkeit des Sektors, die Erfindungen für die Gesellschaft so teuer machen – und für Pharmakonzerne so lukrativ. Die Margen bestimmter in der Schweiz zugelassener Krebsmittel liegen bei über 7000 Prozent, wie der Sonntagsblick Ende Mai berichtete. So sind manche lebensrettende Arzneimittel zu «Luxuswaren für Reiche» geworden. Würde der Bundesrat von der Zwangslizenz für ein bestimmtes Medikament Gebrauch machen, so wäre davon bloss dieses eine Produkt betroffen – während einem befristeten Zeitraum, einzig auf

dem Schweizer Markt und gegen Entgelt an den Inhaber. Der Einfluss auf den Umsatz der Pharmakonzerne wäre minim, der Nutzen für Patientinnen und Patienten enorm. Diese Lösung hat sich bereits in mehreren Ländern bewährt, ohne dass dabei die Investitionen in die Forschung massiv eingebrochen oder die formidable finanzielle Gesundheit der Pharmaunternehmen gelitten hätte.

Anders als die Industrie sieht Santésuisse, die Branchenorganisation der Krankenversicherer, die Zwangslizenz «als Möglichkeit, um gegen die Gefährdung des Gesundheitssystems durch hohe Medikamentenpreise vorzugehen», wie sie der Basler Zeitung sagte. Der Verband Curafutura, welcher drei der grössten Krankenversicherer vereint und deren ehemaliger Präsident kein anderer als Bundesrat Ignazio Cassis ist, sieht bei der Preisfestsetzung zwar Reformbedarf, vertrat jedoch im Tagesanzeiger die Meinung, eine «Zwangslizenz wäre ein übermässiger Eingriff».

Bundesrat muss sich äussern

Um die Stimmung im Parlament auszuloten, schickten wir unsere falsche Bettlerin auch vors Bundeshaus. Während viele Parlamentarier und Parlamentarierinnen sich nicht äussern wollten, anerkannte Toni Brunner (SVP) die Machtlosigkeit der Politik gegenüber der intransparenten Pharmafirmen. Die SP-Abgeordnete Liliane Maury-Pasquier kritisierte die «schizophrene» Haltung der Schweizer Behörden: «Die Schweiz muss sich für den Zugang der betroffenen Bevölkerungen zur Gesundheitsversorgung einsetzen und aufhören, ihr eigenes wirtschaftliches Pseudo-Interesse in den Vordergrund zu stellen.»

Als Reaktion auf unsere Kampagne wurden im Juni zwei parlamentarische Interpellationen eingereicht, von Sibel Arslan (Grüne) und SP-Nationalrat Angelo Barrile. Sie verlangen vom Bundesrat, klare Antworten darauf zu geben, wie er in seiner Gesundheits- und Aussenpolitik gegen exorbitante Medikamentenpreise vorgehen will. Die Antwort des Bundesrats auf die Frage Sibel Arslans, ob er die Souveränität von Staaten bei der Anwendung einer Zwangslizenz anerkenne, ist erst einmal positiv: Das TRIPS-Abkommen sehe die «Vergabe einer Zwangslizenz durch Mitgliedstaaten vor», schreibt die Regierung. Und: «Der Bundesrat anerkennt vollumfänglich die Souveränität der Mitgliedstaaten in diesem Bereich unter Einhaltung der internationalen Verpflichtungen.» Lässt der Bundesrat seinen Worten Taten folgen, sollte er es in Zukunft also unterlassen, im Namen seiner Pharmafirmen unangebrachten Druck auszuüben.

Am 13. September haben wir die von 33 103 Personen unterzeichnete Sammelbeschwerde Gesundheitsminister Alain Berset übergeben. Mit Ihrer Unterstützung werden wir uns zusammen mit unseren Partnerorganisationen weiterhin dafür einsetzen, dass die Schweizer Behörden endlich die öffentliche Gesundheit über die Interessen der Pharmakonzerne stellen. ■

Eine schweizweite Kampagne

«Der Bundesrat muss die Zwangslizenz nutzen, um den Zugang zu Gesundheitsversorgung zu gewährleisten!» Wie trägt man diese Forderung auf die Strasse?

«Unterschreiben Sie gegen überrissene Medikamentenpreise!» Diese Aufforderung habe sich auf der Strasse beim Ansprechen von Passantinnen und Passanten äusserst gut bewährt, sagt Marc. Er engagiert sich als Freiwilliger in der Regionalgruppe Lausanne von Public Eye. Trotz der komplexen und teilweise heiklen Thematik und höchst unterschiedlicher Reaktionen haben sich Dutzende unserer ehrenamtlichen Regionalgruppen-Mitglieder nicht gescheut, unsere Kampagne in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Bekleidet mit einem Spitalhemd «bettelten» sie Leute an: Um 100 000 Franken für lebenswichtige Medikamente – oder zumindest eine Unterschrift, um die Schweizer Regierung zum Handeln aufzufordern.

Die Freiwilligen setzten ihre ganze Überzeugungskraft ein und leisteten so einen wichtigen Beitrag zu unserer Kampagne «Für bezahlbare Medikamente». Ob in der Lausanner Innenstadt, in Winterthur oder in der Region Bern diskutierten sie mit tausenden Menschen und forderten sie dazu auf, unsere Sammelbeschwerde an den Bundesrat zu unterschreiben. Die Zürcher Regionalgruppe setzte sogar ein eigens entwickeltes Produkt ein – Profitum forte®, eine Parodie auf ein extrem teures Krebsmedikament.

Und die Regionalgruppe Waadt sammelte an einem Samstag im Mai mehr als 400 Unterschriften in sechs Stunden. Mehrere Tausend Personen liessen sich insgesamt von Mitgliedern unserer verschiedenen Regionalgruppen davon überzeugen, dass die Anliegen der Kampagne ebenso berechtigt wie dringend sind.

Werden Sie Teil unseres Freiwilligen-Teams

Unsere Regionalgruppen engagieren sich in ihrer Stadt oder Region für die Themen von Public Eye. Sie sensibilisieren die Bevölkerung für Ungerechtigkeiten, die ihren Ursprung in der Schweiz haben. Denn globale Gerechtigkeit beginnt bei uns.

Mehr Informationen auf publiceye.ch/regionalgruppen oder bei

Ursina Mayor und Ursula Haller für die Deutschschweiz: regrus@publiceye.ch oder 044 2 777 999.

Floriane Fischer und Baptiste Corthay für die Romandie: regional@publiceye.ch oder 021 620 03 03.

«Dirty Diesel»: Niederländische Behörden bestätigen Public-Eye-Recherche



Eine Überprüfung des niederländischen Umweltinspektorats bestätigt die zentrale These des Public-Eye-Berichts «Dirty Diesel»: Schweizer Handelsfirmen stellen extra für afrikanische Märkte giftige Treibstoffe her und profitieren dabei von laschen Standards – zulasten der öffentlichen Gesundheit.

MARC GUÉNIAT

© Fabian Blasio

«Ein hocheffektives Stück Propaganda» – mit diesen wenig schmeichelhaften Worten bezeichnete das Genfer Rohstoffhandelsunternehmen Vitol vor zwei Jahren den Bericht «Dirty Diesel», in dem Public Eye aufgezeigt hat, wie extra für afrikanische Märkte äusserst schmutziger Treibstoff hergestellt wird. Angesichts der unbequemen Fakten zog es Vitol, die Nummer Eins im globalen Ölhandel, offensichtlich vor, auf die Überbringerin der Nachricht zu zielen, statt auf die inhaltlichen Vorwürfe einzugehen.

Ein Grossteil des Benzins und Diesels, der später afrikanische Grossstädte verpestet, wird aus niederländischen Häfen verschifft. Und das dortige Umweltinspektorat ILT wollte die Nonchalance der Verantwortlichen eines oft legalen, aber illegitimen Geschäfts nicht einfach hinnehmen. Es hat sich eingehend mit den Treibstoffexporten beschäftigt und dem Parlament im Juli 2018 einen umfangreichen Bericht vorgelegt.

300 Mal über dem europäischen Standard

Dass sich das ILT des Themas angenommen hat, ist eine direkte Folge der Recherchen von Public Eye, wie sich im Bericht nachlesen lässt. Auch «Le Monde» hat in seinem Leitartikel vom 13. Juli festgehalten, dass der Bericht der niederländischen Behörde die Erkenntnisse der «sorgfältigen, zwei Jahre zuvor von der Schweizer NGO Public Eye veröffentlichten Studie» untermauere. Die Niederlande haben ihre Verantwortung als Produktions- und Exportzentrum der giftigen Fracht also wahrgenommen – ganz im Gegensatz zu den Behörden in der Schweiz, dem Sitz

mehrerer der involvierten Ölhandelsunternehmen, die es bis heute nicht für angebracht befanden, zu reagieren.

Gewiss, die niederländische Behörde schlägt einen eher zurückhaltenden Tonfall an, doch ihre Schlussfolgerungen decken sich im Wesentlichen mit unseren. Nach einem Jahr Untersuchung stellt das ILT fest, dass den Treibstoffen für Afrika äusserst gesundheitsschädigende Substanzen beigemischt würden, um «maximal» von den lascheren Regulierungen in den Absatzmärkten zu profitieren: «Benzin und Diesel, die für Westafrika bestimmt sind, werden so gemischt, dass sie den geltenden Standards möglichst nahekommen.» Die Analyse der Ladung von 44 Öltankern, die im Jahr 2017 aus den Häfen von Rotterdam und Amsterdam in Richtung Afrika ausliefen, brachte einen Schwefelgehalt zutage, der bis zu 300 Mal über dem in der Europäischen Union (EU) erlaubten Höchstwert lag. Schwefel ist ein natürlicher Bestandteil von Erdöl und gilt als eine der Hauptursachen der Luftverschmutzung durch Feinstaub. Er kann in modernen Raffinerien auf ein Minimum reduziert werden.

Giftige Rezepte

Über ihren Dachverband STSA stellen sich die Schweizer Ölhandelsfirmen jeweils gerne als unschuldige Logistikunternehmen dar, die lediglich eine Ware vom Produktions- an den Verbrauchsort befördern. Doch auch in diesem Punkt stellt sich das ILT auf die Seite von Public Eye, indem es auf die entscheidende Rolle der Handelsfirmen bei der

Herstellung giftiger Treibstoffe aufmerksam macht – und damit auf deren Verantwortung. Die im Bericht namentlich erwähnten Schweizer Unternehmen Gunvor, Litasco und Vitol kaufen – ebenso wie führende Ölkonzerne wie BP oder Shell – verschiedene minderwertige Mischkomponenten; zum Teil äusserst günstige und giftige Rückstände aus Raffinerien oder aus der Petrochemie. Diese lagern sie in den Häfen von Amsterdam oder Rotterdam. Beim Betanken der Schiffe mischen sie dann die Zutaten gemäss «African Quality»-Standards. Diese afrikanische Qualität werde auf Anweisung und unter der Verantwortung der Handelskonzerne hergestellt, schreibt das ILT unmissverständlich.

«Schlichtweg ein Skandal»

Manche der verwendeten Komponenten können als giftige Abfälle bezeichnet werden. So ist das niederländische Umweltinspektorat etwa auf ein Produkt gestossen, dessen Schwefelgehalt den in Europa zugelassenen Höchstwert um das 1600-Fache überschritt. Die Handelsunternehmen nutzten «in grossen Mengen» Substanzen, die von der WHO als krebserregend eingestufte Stoffe enthalten; etwa Mangan und Benzol. Von Letzterem wurde bei einer Probe die 42-fache Menge des europäischen Standards nachgewiesen.

Der Direktor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP), Erik Solheim, äusserte sich entzündet zu diesen Erkenntnissen: «Die Ausfuhr dreckiger Treibstoffe nach Westafrika ist schlichtweg ein Skandal für die Umwelt und die öffentliche Gesundheit.» Die Auffassung, dass gewisse Teile der Welt nicht denselben Schutz der Gesundheit verdienen wie andere, sei «einfach nur schockierend». Er forderte: «Minderwertige Produkte sollten nicht verkauft werden, auch wenn sie den nationalen Standards entsprechen.»

Eine «absurde» Frage

Auch die UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, die 2011 von den Mitgliedsstaaten einstimmig verabschiedet wurden, schreiben vor, dass sich Unternehmen nicht mit der Einhaltung des rechtlichen Rahmens begnügen dürfen, wenn offensichtlich ist, dass dieser die Bevölkerung nicht ausreichend schützt. Doch genau mit den örtlichen Standards argumentierten die Handelsfirmen als Reaktion auf den «Dirty Diesel»-Bericht.

Von Public Eye zu seiner Verantwortung in diesem Geschäft befragt, suchte Vitol nach Ausflüchten: «Vitol kann die Spezifikationen für Treibstoffe nicht bestimmen, die an Verbraucher in Afrika verkauft werden. Daher macht die Frage keinen Sinn», schrieb der Konzern – und spielte auch gleich den Einfluss des Treibstoffs auf die Luftverschmutzung herunter: Laut WHO sei die Luftverschmutzung durch Haushalte und nicht der Strassenverkehr die Hauptursache für die chronischen Lungenerkrankheiten in Ländern mit niedrigem Einkommen. Der Konzern Trafigura seinerseits bezeichnete es als

«absurd», wenn man denke, er habe ein «direktes Interesse» an der Erhaltung schwacher Standards in Afrika. Ausserdem sei es für ein Unternehmen wirtschaftlich nicht verkraftbar, Produkte zu liefern, die qualitativ besser seien als durch die Gesetzgebung vorgeschrieben.

Umso wichtiger also, dass die afrikanischen Staaten reagieren. Genau dieser Aufgabe stellt sich das UNEP seit knapp zehn Jahren. In Ost- und im südlichen Afrika hat die UNO-Agentur dabei einige beachtliche Erfolge erzielt – die Standards kommen dort mittlerweile mancherorts jenen in Europa nahe.

Ein heikles Dossier

In Westafrika ist die Lage jedoch komplex. Viele Länder verfügen selber über Rohölvorkommen, aber über keine oder schlechte Raffinerien, weshalb sie das Gros ihres Bedarfs an Treibstoffen importieren müssen – zu gesalzenen Preisen. Dieses Paradox treibt mehrere Länder zu massiven Importsubventionierungen. Zudem wird dieser streng regulierte Handel oft durch kartellartige, den politischen Mächten nahestehende Firmen kontrolliert.

Die Frage nach Kosten für eine Verschärfung der Standards ist deshalb politisch sehr heikel. Ein wesentlicher Teil des Problems liegt dabei in der Intransparenz der Industrie. Regierungen haben nur einen äusserst geringen Einblick in den tatsächlichen Wert des von ihnen importierten Benzins und Diesels. Die oft erbärmliche Qualität der Inhaltsstoffe von «African Quality» legt den Schluss nahe, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher an der Zapfsäule massiv zu viel bezahlen. Eine «Abzocke», unter der sowohl die öffentliche Gesundheit als auch das Portemonnaie leiden. Und die viel Marge übrig lässt: In Ostafrika mussten sich die internationalen Handelsunternehmen auch den neuen Limiten anpassen – zum selben Preis wie vorher.

In unserem Bericht hatten wir berechnet, dass der Preisunterschied aus der Sicht einer für die «Entschwefelung» des Diesels zuständigen Raffinerie kaum ins Gewicht fällt. Um den Schwefelgehalt von 1000 ppm («parts per million»; Millionstel) auf den in Europa erlaubten Höchstwert von 10 ppm zu senken, betragen die Mehrkosten pro Tankfüllung von 50 Litern 85 Rappen. Setzt man diesen Betrag den Milliarden an Gesundheitskosten durch Luftverschmutzung auf dem afrikanischen Kontinent gegenüber, erscheint er gering.

Ghana hat dies verstanden. Weniger als ein Monat nach der Veröffentlichung unseres Berichts hat die Regierung die drastische Senkung des zugelassenen Schwefelgehalts von 3000 auf 50 ppm angekündigt und dann auch umgesetzt. Im März 2018 hat sich auch Nigeria zu einer schrittweisen Erhöhung seiner Anforderungen ab Juli verpflichtet. Diesem Entschluss sind jedoch bislang keine Taten gefolgt. Schon im Dezember 2016 hatte die Regierung eine solche Ansage gemacht, war dann jedoch unter dem Druck der Industrie zurückgekrebt. ■

Feuerprobe für Glencore

Korruptionsverdacht: Washington untersucht die Geschäfte des Schweizer Rohstoffgiganten in Nigeria, Venezuela und der Demokratischen Republik Kongo. Glencore versucht durch eine Charmeoffensive, davon abzulenken.

GÉRALDINE VIRET UND MARC GUÉNIAT

Die drei Eidgenossen würden sich im Grabe umdrehen: Zu Älplermagronen und Jodelgesang durfte eine Glencore-Vertreterin auf Einladung der Zuger Gemeinde Baar die traditionelle 1.-August-Rede halten. Wie nur kommt es jemandem in den Sinn, einen Rohstoffkonzern, gegen den wegen Korruption, Steuerflucht und Menschenrechtsverletzungen ermittelt wird, zur legitimen Stimme zu küren, um den Bürgerinnen und Bürgern seiner Standortgemeinde die Schweizer Werte in Erinnerung zu rufen? Die schlechte Besetzung ist mehr als nur eine Anekdote: Sie ist bezeichnend für ein System, in dem die wirtschaftlichen Kräfte längst die Oberhand über die politischen gewonnen haben – auf Kosten der Mehrheit und der Achtung der Grundwerte.

Hymne auf Glencore

«Respekt»: Glencores Personalleiterin machte diesen verbindenden Begriff zum Leitmotiv ihrer Rede, in der sie – auf diskrete Weise – vielmehr ihren eigenen Konzern als die Schweiz feierte. Eine rundum gelungene PR-Übung. Besonders in Krisenzeiten sollte schliesslich keine Gelegenheit verpasst werden, das Image einer Firma aufzupolieren – selbst wenn dafür abenteuerliche rhetorische Tricks vonnöten sind.

In dieser Hinsicht ist das Jahr 2018 eine Feuerprobe für alle Kommunikationsexpertinnen und Anwälte des Schweizer Rohstoffgiganten. Denn seit der Veröffentlichung der Paradise Papers im vergangenen November sorgte Glencore immer wieder für Schlagzeilen in Verbindung mit zweifelhaften Praktiken und Individuen, mit denen man besser nicht geschäften würde. Und im Juli hat die amerika-

nische Justiz durch eine energische Intervention das Feuer neu entfacht – sie scheint fest entschlossen, mehr Funken sprühen zu lassen als ein Zuckerstock am Nationalfeiertag.

Einbruch an der Börse

Am Dienstag, dem 3. Juli um 9.22 Uhr teilt Glencore in drei Sätzen mit, man habe vom US-Justizministerium eine Anordnung im Zusammenhang mit Korruption und Geldwäsche erhalten. Der Rohstoffkonzern soll Unterlagen zu Tätigkeiten in Nigeria, Venezuela und der Demokratischen Republik Kongo übermitteln. Bei Glencores Aktionärinnen und Aktionären führt die Angst vor einer hohen Geldstrafe und vor strafrechtlicher Verfolgung zu einem akuten Vertrauensverlust. Keine Stunde nach der nüchternen Meldung stürzt die Glencore-Aktie an der Londoner Börse ab. Und der Konzern sieht sich gezwungen, anzukündigen, er werde eigene Aktien im Wert von einer Milliarde rückkaufen, um Investoren und Investorinnen zu beruhigen. Wie konnte der einst als «das grösste Unternehmen, von dem Sie noch nie gehört haben» bezeichnete Konzern so tief fallen?

Ein offenes Geheimnis

Auch wenn das US-Justizministerium nicht genau angegeben hat, worauf es sein Hauptaugenmerk richtet: Es ist nicht allzu schwierig, sich vorzustellen, was am Ursprung dieses Knalls steht – zumindest im Fall der Demokratischen Republik Kongo. Glencore wird offensichtlich von seiner gewinnbringenden Liaison mit Dan Gertler eingeholt, einem Geschäftsmann mit höchst zweifel-

haftem Ruf und Freund des Präsidenten Joseph Kabila. Zur Erinnerung: Im Juli 2009 brachte der Rohstoffriese aus Baar im Kongo gemeinsam mit Dan Gertler eine der reichhaltigsten Kupfer- und Kobaltminen der Welt unter seine Kontrolle. Dank des Verhandlungsgeschicks des israelischen Magnaten erhielt Glencore von den kongolesischen Behörden erst noch einen massiven Rabatt auf die Lizenzgebühr: Wie durch ein Wunder schrumpfte diese von 585 auf 140 Millionen Dollar.

Gegen Dan Gertler wird in den USA und Grossbritannien wegen Korruption ermittelt. Zwischen 2010 und 2012 soll der «gottesfürchtige, grosszügige Mensch», als den ihn sein Genfer Anwalt Marc Bonnant bezeichnet, die Demokratische Republik Kongo gemäss dem US-Finanzministerium um 1,36 Milliarden Dollar Einnahmen aus dem Bergbau gebracht haben – mittels «undurchsichtiger, korrupter Verträge». Glencores Geschäftsleitung hat stets beteuert, Gertler vor Beginn der Zusammenarbeit einer «eingehenden und umfassenden» Prüfung unterzogen zu haben. War das wohl noch vor der Erfindung des World Wide Web? Drei Klicks im Netz genügen nämlich, um das Hochrisikoprofil des Investors zu erkennen. Seine Diamantengeschäfte etwa hat die UNO bereits 2001 als «Albtraum für den Kongo» bezeichnet. Im Dezember 2017 und im vergangenen Juni verhängte Washington Sanktionen gegen den Milliardär und seine Firmen. Dennoch überwies Glencore ihm bereitwillig 29,7 Millionen Dollar an «Royalties», die sie ihm für seine Rechte an der Mine im Kongo schulden – in Euro, um die US-Sanktionen zu umgehen. Mit dem stillschweigenden Einverständnis der Schweizer Behörden. Und zur Krönung des Ganzen vielleicht auch noch über Schweizer Banken?

Ein lange erwartetes Finale

Trotz zahlreicher Berichte von NGOs und Zeitungen vergingen neun Jahre, bis die Zuger Firma sich nun vor der Justiz für ihre fragwürdigen Geschäfte auf Kosten der kongolesischen Bevölkerung erklären muss. Nach den Enthüllungen in den Paradise Papers hat Public Eye im vergangenen Dezember bei der Bundesanwaltschaft Strafanzeige eingereicht und eine Untersuchung der Rechtmässigkeit von Glencores Geschäftstätigkeit in einem der ärmsten und korruptesten Länder der Welt gefordert. Seither sind neun Monate vergangen. Wird die Schweizer Justiz nun endlich (re)agieren? Und werden die Schweizer Behörden weiterhin die Werte der Schweiz feiern, sich aber gleichzeitig einer Regulierung des Sektors mit seinen ruchlosen Praktiken verweigern? Indem sie die Rohstoffunternehmen dazu verpflichten, eine Sorgfaltsprüfung ihrer Geschäftspartnerinnen und -partner durchzuführen, könnten sie effektiv gegen die zu hohe Risikobereitschaft und gegen Korruption «Made in Switzerland» vorgehen.

Da die Geschäfte in der Demokratischen Republik Kongo nicht einfach von der medialen Landschaft ge-

strichen werden können, hat Glencore nur wenige Tage nach Ankündigung der amerikanischen Ermittlungen eine Charmeoﬀensive gegenüber den Medien gestartet. Auf dem Programm: hohe Sicherheitsstandards, abgelieferte Steuern und andere Wohltaten der Zuger Firma in den fernen Ländern, in denen sie geschäftet; an erster Stelle natürlich in der Demokratischen Republik Kongo. Doch glaubt man Glencore, dass die Firma «den für die verschiedenen Beteiligten geschaffenen Wert steigern» möchte, und zwar auf «verantwortungsvolle und transparente Art und Weise» – warum wehrt sie sich dann gegen höhere Steuern, die das neue kongolesische Bergbaugesetz vorsieht? Schulen zu bauen ist gut. Aber der Bevölkerung als wahrer Besitzerin der Bodenschätze das zu bezahlen, was ihr zusteht, ist besser!

Der Zuger Konzern, für den die Unschuldsvormutung gilt, hat im ersten Halbjahr 2018 einen Rekordgewinn von 8,27 Milliarden Dollar erzielt. Die Investorinnen und Investoren dürften fürs Erste beruhigt sein. Denn diese interessieren sich nicht allzu sehr für die dubiosen Geschäftspraktiken des Konzerns. Für sie ist vor allem eines wichtig: Die Dividende muss stimmen. ■

Weitere gefährliche Verbindungen

Weniger eindeutig als im Fall der Demokratischen Republik Kongo ist das Interesse des US-Justizministeriums bezüglich Nigeria und Venezuela. Bekannt ist jedoch, dass die nationale venezolanische Ölgesellschaft PDVSA in einer im März in den USA eingereichten Zivilklage Glencore wie auch seine Genfer Konkurrenten Vitol und Trafigura beschuldigt, einen Berater dafür bezahlt zu haben, den Firmen Zugang zu vertraulichen Informationen zu verschaffen. Die Handelsgesellschaften hätten daraufhin Preise abgesprochen, Auktionsverfahren für Erdöltransaktionen manipuliert und bei An- und Zukäufen «falsche» Preise verrechnet. Diese bis 2004 zurückreichenden Vorgänge sollen die Staatskasse Venezuelas über fünf Milliarden Dollar gekostet haben. In Nigeria wiederum war Glencore einer der Hauptkunden des Ölmagnaten Kola Aluko, dessen Deals in Grossbritannien und den USA derzeit Gegenstand von Strafuntersuchungen wegen Korruptionsverdacht sind. Da alle seine Aktivitäten über die Schweiz liefen, wurde der Genfer Staatsanwalt von London um wichtige Bankdokumente ersucht.

Konzernverantwortung: Die Spannung steigt



Initiative
multinationales
responsables
oui!

Im Juni hat der Nationalrat einem substanziellen indirekten Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative klar zugestimmt. Dennoch ist es unverzichtbar, dass wir uns weiter ohne Pause mit voller Kraft für die Initiative engagieren. Denn wird der Gegenvorschlag vom Ständerat abgeschwächt oder abgelehnt, könnte die Abstimmung bereits nächstes Jahr stattfinden.

ANDREAS MISSBACH

Der 14. Juni 2018 war ein historisches Datum. Der Nationalrat stimmte über einen Gegenvorschlag zur Konzernverantwortungsinitiative ab, die von Public Eye mitlanciert worden war – und nahm diesen mit bemerkenswerten 121 zu 73 Stimmen an. Die Linke und die Mitte (CVP, BDP und Grünliberale) stimmten ohne eine einzige Gegenstimme Ja, und auch die Mehrheit der FDP (19 gegenüber 13) und sechs Mitglieder der SVP votierten für den Gegenvorschlag.

Schmerzhafte Abstriche

Ein indirekter Gegenvorschlag, wie er im Nationalrat beschlossen wurde, ist eine Änderung auf Gesetzesebene. Bei der Konzernverantwortungsinitiative wurde er von der Rechtskommission des Nationalrats in die laufende Reform des Aktienrechts eingebracht. Zuvor hatte der Bundesrat in seiner Botschaft an das Parlament erst auf einen Gegenvorschlag verzichtet, die Rechtskommission des Ständerats sich dann aber grundsätzlich für einen Gegenvorschlag ausgesprochen.

Wie die Initiative enthält der durch den Nationalrat verabschiedete Gegenvorschlag verbindliche Regeln für Sorgfaltsprüfungen auch für die Lieferkette und einen Haftungsmechanismus bei allfälligen Verstössen. Den-

noch macht er im Vergleich zur Initiative aber schmerzhafte Abstriche; so gilt er insbesondere für weniger Unternehmen, und die Haftung wurde eingeschränkt. Diese Nachteile werden aber dadurch wettgemacht, dass mit dem Gegenvorschlag gesetzliche Massnahmen schneller in Kraft treten würden als mit der Volksabstimmung.

Zahlreiche Gründe für den Erfolg

Wohl noch nie erhielt ein Menschenrechtsanliegen im Nationalrat eine so breite Zustimmung – zumal es von den Wirtschaftslobbys Economiesuisse und Swissholdings bis zuletzt vehement bekämpft wurde. Möglich wurde dies aus verschiedenen Gründen:

- ▶ Der Handlungsbedarf ist unbestritten. Die grosse Mehrheit der Öffentlichkeit ist sich bewusst, dass Konzerne mit Sitz in der Schweiz immer wieder in unlautere Praktiken verwickelt und an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind.
- ▶ Der Entwurf für einen Gegenvorschlag kam von Karl Vogler (CVP-Fraktion) und Hans-Ueli Vogt (SVP-Fraktion). Vogt ist nicht nur Nationalrat, son-



dern auch Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität Zürich und gilt als einer der besten Kenner des Schweizer Aktienrechts. Der Vorschlag ist somit politisch breit abgestützt und rechtlich fundiert. Dies hilft uns im Übrigen auch im Fall, dass der Gegenvorschlag schlussendlich scheitert und es zur Abstimmung kommt. Niemand wird dann wie bei anderen Initiativen behaupten können, dass unsere Initiative überhaupt nicht umsetzbar sei.

- ▶ Der Gegenvorschlag findet auch in der Wirtschaft immer breitere Unterstützung. Einzelne Unternehmen wie Migros, Ikea und die Rohstoffhandelsfirma Mercuria haben sich bereits früh für einen Gegenvorschlag ausgesprochen, und nach dem aus 90 Westschweizer Konzernen bestehenden «Groupe ment des Entreprises Multinationales» unterstützt mittlerweile auch der Verband für nachhaltiges Wirtschaften öbu mit 350 Mitgliedsunternehmen den Gegenvorschlag des Nationalrats.
- ▶ Im Frühling trat ein Komitee «Ja zur Konzernverantwortung mit Gegenvorschlag» (www.kvi-gegenvorschlag.ch) an die Öffentlichkeit. Es vereint Unternehmerinnen und Unternehmer, prominente Rechtsprofessorinnen, Gelehrte aus den verschiedensten Bereichen und Persönlichkeiten aus dem bürgerlichen Lager.

- ▶ Die Schweizer Diskussion um Sorgfaltsprüfungen bettet sich nahtlos in den internationalen Diskurs ein. Frankreich hat bereits ein solches Gesetz, die EU-Kommission wird nächstes Jahr eine Sorgfaltsprüfungspflicht evaluieren und Deutschland gemäss Koalitionsvertrag ein Jahr danach. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat das internationale Verständnis von menschenrechtlichen und ökologischen Sorgfaltsprüfungen – auch auf Wunsch der G7 – weiter gestärkt: Ende Mai hat ihr Ministerrat nach dreijähriger Arbeit einen neuen, branchenübergreifenden Umsetzungsleitfaden im Konsens verabschiedet. Auch die Schweiz war durch Bundesrat Schneider-Ammann vertreten.
- ▶ Die Konzernverantwortungsinitiative macht den bürgerlichen Parteien Angst, weil immer deutlicher wird, dass wir sie gewinnen können. Zudem scheuen sie einen Abstimmungskampf, der im Wahljahr und parallel zur Debatte über Steuererleichterungen für Unternehmen (Steuervorlage 17) stattfinden würde.

Schliesslich hat das Initiativkomitee klar kommuniziert, dass die Initiative im Fall, dass der Gegenvorschlag unverändert abgesegnet wird, auch wirklich zurückgezogen würde. Dies ist für die Parlamentarierinnen und Parlamentarier wichtig, denn sie wollen sicher sein, dass sich der Aufwand und die Zugeständnisse lohnen.

Der Ständerat am Zug

Wie geht es nun weiter? Als nächstes muss der indirekte Gegenvorschlag vom Ständerat beraten werden. Am 21. August hat die Rechtskommission des Ständerats Anhörungen durchgeführt, an denen Public-Eye-Mitarbeiter Urs Rybi die Initiativkoalition vertreten durfte. Die Diskussionen setzen sich nun über den Herbst fort, die Abstimmung im Ständerat erfolgt voraussichtlich in der Wintersession. Sollte der Vorschlag des Nationalrats nicht unverändert durch den Ständerat gehen, müsste danach auch die grosse Kammer noch einmal darüber beraten. Wahrscheinlich ist derzeit, dass einzelne Ständerätinnen und Ständeräte weitere Abschwächungen fordern werden. Falls der Stände- oder danach der Nationalrat den Gegenvorschlag schliesslich doch noch bachab schickt oder die kleine Kammer nicht nur präzisierende Änderungen vornimmt, sondern den Gegenvorschlag weiter verwässert, dann kommt die Initiative zur Abstimmung: entweder im Mai 2019 oder – wegen des Wahljahrs – im Februar 2020.

Resultiert hingegen ein überzeugender Gegenvorschlag, wird das Initiativkomitee Wort halten und die Volksinitiative «bedingt» zurückziehen. Das heisst, der Rückzug würde nach Ablauf der Referendumsfrist (bzw. der Unterstützung des Gegenvorschlags in einer – theoretisch – möglichen Referendumsabstimmung) rechtsgültig. So könnte



Kommen Sie an Bord

Engagieren Sie sich in einem «Kovi»-Netzwerk

Mittlerweile gibt es schweizweit über 25 Netzwerke, die sich für die Konzernverantwortungsinitiative engagieren. Auch die neun Public-Eye-Regionalgruppen unterstützen das Anliegen seit Langem mit Infoständen, Filmabenden oder kleinen Vorträgen in ihrer Region.

Möchten auch Sie aktiv werden? Schreiben Sie uns an initiative@publiceye.ch, um mehr über die Einsatzmöglichkeiten in Ihrer Nähe zu erfahren.

Weitere Informationen und Kontaktadressen unter: publiceye.ch/regionalgruppen oder publiceye.ch/kovi



**Konzern-
verantwortungs-
initiative**

die gesetzliche Verankerung der Konzernverantwortung via Gegenvorschlag bereits Anfang 2020 in Kraft treten. Der Weg via Volksinitiative würde aufgrund der anschliessend zu erfolgenden Ausarbeitung eines Umsetzungsgesetzes durch das Parlament einige Jahre länger dauern.

Sichtbar, präsent, breit abgestützt

Parallel zum parlamentarischen Prozess laufen die Vorbereitungen für die Abstimmungskampagne unbeirrt weiter. Denn erstens müssen wir es schaffen, den Druck für einen bestmöglichen Gegenvorschlag aufrechtzuerhalten. Und zweitens ist bei den vielen Unwägbarkeiten bezüglich möglicher weiterer Abschwächungen nach wie vor alles andere als sicher, dass wir die Initiative am Ende wirklich zurückziehen können.

Sichtbar wird die Initiative deshalb zurzeit durch die Tausenden orangen Fahnen, die in Dörfern und Städten der Schweiz an Balkonen und Hauswänden hängen. Auch dies ist aussergewöhnlich: dass eine Initiative schon so früh – bevor überhaupt ein Abstimmungsdatum feststeht – derart präsent ist. Dazu tragen auch die Hunderten von Zeitungsartikeln, Radio- und Fernsehbeiträgen bei. Unter anderem wurde dem Thema im Schweizer Fernsehen bereits zwei Mal eine Arena gewidmet.

Die mit gegenwärtig 107 Organisationen sehr breit abgestützte Initiative erhält immer mehr Zulauf. Seit gut einem halben Jahr gibt es das Komitee «Kirche für Kovi» mit einer eigenen Webseite (www.kirchefürkovi.ch). Bereits machen über 300 Persönlichkeiten aus dem kirchlichen Umfeld, über 30 Kirchgemeinden und Pfarreien sowie über 50 christliche Organisationen mit. Und die Volksinitiative wird auch schon von 70 Persönlichkeiten aus der Wirtschaft öffentlich unterstützt.

Drei Viertel für die Initiative

Im August prognostizierte der Politologe Claude Longchamp in seinem Blog auf swissinfo.ch, dass künftig etwa eine von zehn Volksinitiativen angenommen werden dürfte. Ein Erfolg sei am ehesten dann zu erwarten, wenn eine Initiative «breit geteilte Probleme» aufnehme und es in Regierung und Parlament keine geschlossene Allianz gegen das Anliegen gebe. «Bezogen auf die heute hängigen Volksbegehren trifft dies am ehesten auf die Konzernverantwortungsinitiative zu», so Longchamp. Sehr ermutigend sind auch die Resultate der neusten Demoscope-Umfrage, die wir im August erhalten haben: 74 Prozent aller Befragten gaben an, der Initiative zuzustimmen. Auf die Frage, ob es gesetzliche Regeln braucht, um Schweizer Unternehmen stärker zu regulieren, antworteten gar 84 Prozent mit «sicher ja» oder «eher ja».

Was auch immer die parlamentarische Debatte bringen wird: Unsere Chancen für einen Sieg an der Urne stehen besser denn je – mit unser aller Engagement schaffen wir es, die Kampagne «Konzernverantwortung» zu einem Erfolg zu führen. •



Vier gewinnt: Die neue Geschäftsleitung von Public Eye

Seit August ist Public Eye mit einer neuen kollektiven Leitung unterwegs. Mit Alessandra Silauri und Christian Engeli konnten wir zwei erfahrene Führungskräfte gewinnen.

Im Mai hat uns Marion Graber nach zehn Jahren bei Public Eye verlassen. Bereits 2009, ein Jahr nach ihrer Anstellung, war sie in die Geschäftsleitung aufgestiegen. Dort hatte sie neben der Abteilung Finanzen & Administration (ab 2015) seit 2013 auch die Abteilung Kommunikation & Marketing geleitet, eine Zeit lang in Co-Leitung mit Géraldine Viret. Géraldine ihrerseits hat sich entschlossen, sich künftig ganz auf ihre Aufgaben als Mediensprecherin in der Romandie zu konzentrieren. Wir danken Géraldine und Marion ganz herzlich für ihren unermüdlichen Einsatz für Public Eye.

In diesem Frühjahr hat Christian Engeli (46) als neuer Leiter unseres Kommunikations- und Marketing-Teams bei uns begonnen. Nach einem Studium in Publizistik und Medienwissenschaften arbeitete er seit 2007 in Führungspositionen bei Schweizer NGOs. Zunächst als Leiter Kommunikation und Kampagnen bei Solidar, danach als Kampagnenleiter bei Greenpeace. Christian ist Familienvater und teilt sich die Betreuungsarbeit für die zwei Kinder mit seiner Frau. Ehrenamtlich baute er das «Campaign-Bootcamp» auf, ein Intensivtraining für Campaignerinnen und Campaigner. Mit der quasi über Nacht gemeinsam mit sei-

nem Team aus dem Boden gestampften Kampagne gegen die Verletzung von Arbeitsrechten durch den neuen Sponsor von Roger Federer im Juli hat er seine Fähigkeiten und seinen Tatendrang bereits unter Beweis gestellt.

Anfang August hat schliesslich Alessandra Silauri (55) die Leitung der Abteilung Finanzen & Administration übernommen. Jenes Teams also, das die zentrale Arbeit im Hintergrund leistet, ohne die der Erfolg von Public Eye nicht möglich wäre. Alessandra bildete sich an der ETH Zürich als Agraringenieurin aus. Nach einigen Jahren in der Privatwirtschaft hatte sie verschiedene Fach- und Führungsstellen in der Verwaltung des Kantons Waadt und in der Bundesverwaltung inne. Zuletzt leitete sie eine Stabstelle in der Abteilung Ökonomie und Innovation beim Bundesamt für Umwelt. Alessandra ist Mutter von zwei erwachsenen Töchtern und in der kommunalen Politik und in der Zivilgesellschaft im Kanton Waadt vielfältig engagiert, zudem ist sie im Vorstand des Vereins Actares – AktionärInnen für nachhaltiges Wirtschaften. Daneben interessiert sie sich für Theater, Afrika und gut Kochen und Essen. Herzlich willkommen Alessandra und Christian!

Nein zu hochgefährlichen Pestiziden!



Wir werden uns auch im kommenden Jahr
schwerpunktmässig gegen Doppelstandards
bei giftigen Pestiziden einsetzen.

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!
www.publiceye.ch

Wo Konzerne lieber im Verborgenen agieren und die Politik dies zulässt, da schaut Public Eye ganz genau hin: Mit Recherchen, Lobbyarbeit, Kampagnen und politischen Vorstössen setzen wir uns dafür ein, dass Schweizer Unternehmen und die offizielle Schweiz ihre Verantwortung zur weltweiten Achtung der Menschenrechte wahrnehmen.

Public Eye, Dienerstrasse 12, Postfach, 8021 Zürich
Tel. +41 (0) 44 2 777 999, kontakt@publiceye.ch, Postkonto 80-8885-4

www.publiceye.ch

 [@publiceye_ch](https://twitter.com/publiceye_ch)  www.facebook.com/publiceye.ch  [@publiceye_ch](https://www.instagram.com/publiceye_ch)



Für
globale
Gerechtigkeit
Public Eye

50
JAHRE

 Erklärung von Bern